SPORT IN CHINA Seite 8

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 3 vom 27. Januar 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Brandt's Regierungserklärung: Kampfansage an die Arbeiter!

Brandt hat seine Regierungserklärung abgegeben und alle waren sich einig. Das war das beste Treuebekenntnis zum Kapitalismus, das jemals von der SPD abgegeben worden ist. Ganze Passagen erhielten den begeisterten Beifall der CDU/CSU-Fraktion, und Barzel fiel in seiner Erwiderung noch kaum etwas ein, worin er anderer Ansicht hätte sein können, als sein Vorredner.

Der Glaube, dass die SPD immer noch besser wäre, als die CDU, brachte Millionen Arbeiter an die Wahlurne. Heute müssen sie sehen, dass die Wahl zwischen Brandt und Barzel nichts anderes war, als die Wahl des raffinierteren Spitzbuben. Noch nie sind in den letzten Jahren die Arbeiter derartig um ihre Lohnforderungen betrogen worden, wie bei dem 8,5%-Abschluss in der Metallindustrie. Die Teuerungswelle rollt weiter und die Brandt-Scheel-Regierung ist erst 3 Monate wieder dran. Jetzt, mit seiner Regierungserklärung, hat Brandt auch den letzten Zweifel darüber beseitigt, dass er nur einem Herren dient: Dem Kapital.

Brandt läßt die Katze aus dem Sack

Brandt: "Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage nicht gerecht". Da haben wir's, als ob nicht die Bänder laufend schneller gestellt würden, als wenn nicht an dem Arbeitsplatz, wo vorher drei standen, heute nur noch einer steht! Und was heisst hier Forderungen stellen? Wo Steuererhöhungen und Preistreiberei laufend weitergehen!

Nach dem Motto: "Was geht mich mein dummes Gerede von gestern an", wird heute jeder Gedanke an die Versprechungen des Wahlkampfes vom Tisch gewischt. Brandt: **"Ich bin gegen das Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen. Demokratie braucht Leistung."** Auf gut deutsch: Schafft mehr, dann werden euch die Gedanken an die Verbesserung eurer Lebenslage schon vergehen.

Jetzt werden die Preise reguliert, und wie macht das Wunderdoktor Brandt? Er will den Wettbewerb verschärfen. Der Wettbewerb, sprich die Konkurrenz der Monopole im Kampf um Höchstprofite ist es aber ja gerade, was die Inflation ins unermessliche treibt. Die Preise werden weitersteigen und damit die Profite der Kapitalisten.

Kein Wunder, dass der deutsche Industrie und Handelstag, "die Nüchternheit und das Augenmass Brandts" lobt, "wie auch sein Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft und zum Wettbewerb". (NRZ, 18. 1.).

Große Sprüche - und dahinter?

In diesem Sinne sind auch die anderen grossen Sprüche Brandts zu sehen: Das Wohnungselend soll durch den "Erwerb von Wohnungseigentum im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms erleichtert" werden. so kann man sich natürlich auch um die Frage drücken, dass es bei uns zu wenige menschenwürdige Wohnungen gibt, und dass man die Mieten kaum noch bezahlen kann. Welcher Arbeiter kann sich denn eine Eigentumswohnung leisten?

Und während im Ruhrpott und im Saargebiet eine Zeche nach der anderen dicht gemacht wird, während Thyssen-Chef Sohl den ganzen deutschen Steinkohlebergbau in den Sack hauen will, faselt Brandt: "Wir werden dafür sorgen, dass die deutsche Steinkohle als wichtigste heimische Energiequelle eine angemessene Aufgabe in der Energieversorgung unseres Landes behält." Ja wie denn, Herr Brandt? Mit den Milliardensubventionen auf Kosten der Steuerzahler wie bisher? Auch so eine 'Gemeinschaftsausgabe'. Man kann sicher sein, die Brandt-Scheel-Regierung wird eine Lösung finden, bei der sich die Konzernbosse die Taschen vollstopfen.

Bei der Mitbestimmung wird man sich auch einigen, meint Brandt in einem treffenden Vergleich: "Aber genauso, wie wir uns beim Betriebsverfassungsgesetz verständigt haben, werden wir auch hier eine gemeinsame Lösung finden." – Auch das kann man dem sauberen Herrn Brandt gerne abnehmen.



Brandt: "Wer nur Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage nicht gerecht ... Ich bin gegen das Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen. Demokratie braucht Leistung ..."

Kanzler Brandt hat tausenden seiner Wähler die Augen geöffnet. Im Wahlschwindel stand kein 'kleineres Übel SPD' zur Wahl.

Fortsetzung auf Seite 2

Tarifbetrug zerbricht Illusionen

vom "kleineren Übel SPD"!

Die IGM-Bonzen geben sich 'bestürzt' über die überwältigende Ablehnung des 46 Pfennig-Betrugs in der Eisen- und Stahlindustrie. Der 'mangelnde Informationsfluss zwischen Gewerkschaftsführung und Vertrauensleuten soll Schuld sein am 'Unverständnis' der Kollegen. Mit diesem Gestammel werden die Bonzen niemanden beruhigen. Die Kollegen denken da anders. Ein Genosse im Mannesmann-Hüttenwerk berichtet, dass die Kollegen in dieser Tarifrunde viel dazugelernt haben: "Die wollen doch nichts für uns rausholen. Sie würden sich ja selbst ins Gesicht schlagen, schliesslich sitzen sie ja selbst in den Aufsichtsräten drin", so erklärte ein älterer Arbeiter die IGM 'Tarifpolitik'. Aber nicht nur die Gewerkschaftsführung wird aufs Korn genommen, auch die Aufgabe ihrer Gesinnungsfreunde in der Regierung, der SPD, wird den Kollegen immer klarer: "Warum schlagen wir nicht alleine los?" Über diese Frage wurde unter fortschrittlichen Kollegen viel diskutiert. Ein älterer Kollege meinte: "Wenn die CDU an der Regierung wäre und so einen Konjunkturzuschlag angedroht hätte, wie jetzt die SPD, dann wären jetzt die Betriebstore zu, dann hätten wir überall gestreikt, aber bei der SPD passiert nichts."

Diese Kollegen haben es erkannt: SPD und CDU, da gibt es nur einen Unterschied, die SPD kann die Arbeiter besser am Riemen halten, weil sie sich wie eine arbeiterfreundliche Partei aufführt.

Fortsetzung Seite 2

Nixon: "LASST UNS STOLZ SEIN!"



Die Völker der ganzen Welt haben in den letzten Wochen auf die verstärkten Bombenangriffe und die Atomdrohung der USA gegen Vietnam eine Antwort gegeben. In gewaltigen Demonstrationen, Spendenkampagnen und Aktionen gegen amerikanische Vertretungen in ihren Ländern, haben sie ihre Abscheu vor den US-Kriegsverbrechern ausgedrückt.

In dieser Situation, ist es der reine Hohn, gegen alle Völker der Welt, wenn Nixon in seiner 'Antrittsrede an die Welt' sagt: "Amerika kämpfte nur, um anderen zu helfen."

Die US-Kriegsverbrecher haben in Vietnam keinen Stein auf dem anderen gelassen. Sie haben Männer, Frauen und Kinder auf die grausamste Art und Weise getötet und tun es heute noch. Sie haben über Nordvietnam die dreifache Menge an Bomben abgeworfen, wie über Deutschland während des zweiten Weltkriegs abgeworfen wurde. Sie drohen mit der atomaren Vernichtung des ganzen vietnamesischen Volkes. **Und diese abscheulichen Verbrecher lassen der Welt durch ihren Führer Nixon sagen: "Lasst uns stolz sein, dass wir durch unser Festhalten an einem ehrenhaften Frieden einen Durchbruch erzielt haben, um in dieser Welt etwas zu schaffen, was sie nie zuvor gehabt hat: eine Friedensstruktur für Generationen."**

Wer sich das zerstörte Vietnam heute ansieht, kann sich vorstellen, was die US-Imperialisten unter Friedensstruktur verstehen: Jedes Volk, das sich ihrer Vorstellung von der Aufteilung der Welt widersetzt, soll mit Gewalt niedergemetzelt werden.

Aber weder das vietnamesische Volk, noch die anderen unterdrückten Völker werden die sogenannte Friedensstruktur der US-Imperialisten anerkennen. Keine Bomben können den Freiheitswillen der Völker beugen. In Vietnam mussten die US-Imperialisten diese Erfahrung machen. Ho Chi-Minhs Worte haben sich jeden Tag dort bestätigt: "Je grausamer und niederträchtiger der Imperialismus – desto grösser werden seine Niederlagen sein."

Das vietnamesische Volk hat durch seinen unnachgiebigen Kampf grosse Siege gegen die US-Aggressoren errungen. Es hat die USA an den Verhandlungstisch gezwungen. Die kämpfenden Vietnamesen wussten und wissen, dass nur im Volkskrieg der Imperialismus endgültig geschlagen und zu Abkommen gezwungen werden kann.

Die US-Aggressoren versuchen ständig, Abkommen zu hintergehen und zu sabotieren. So haben sie 1954 in Worten das Genfer Indochinaabkommen unterstützt, in der Tat haben sie es mit Füssen getreten. In diesem Abkommen wurden Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und terrotoriale Integrität Vietnams international anerkannt. Die US-Aggressoren haben alle diese Prinzipien täglich tausendmal verletzt, doch das vietnamesische Volk konnten sie nicht beugen und nicht erpressen und werden es auch niemals können.

NIEMALS – AUFTEILUNG VIETNAMS

Die USA lassen trotz ihrer Niederlage nichts unversucht, in Absprache mit den sowjetischen Sozialimperialisten Vietnam zu teilen in zwei Staaten und zwei Einflussbereiche. Nixon hofft über seine Marionetten in Saigon vertreten zu bleiben. Doch das vietnamesische Volk hat sein Blut nicht umsonst vergossen, es wird einer Teilung

Fortsetzung auf Seite 6

Afrikanische Freiheitskämpfer in Dortmund:

"Schlagt Caetano die Waffen aus der Hand!"

Resolutionen des Weltsicherheitsrats forderten Portugal jetzt auf, den Kolonialkrieg gegen Angola, Mozambik und Guinea-Bissao zu beenden und Verhandlungen aufzunehmen. Die Antwort Portugals: Verhandlungen ja – aber mit den weissen und schwarzen Schmarotzern. Gegen die Befreiungskämpfer soll der Kampf weitergeführt werden. Die US-Imperialisten haben die portugiesischen Faschisten deswegen schon gelobt. Auch die westdeutschen Imperialisten denken nicht daran, ihre militärische Unterstützung für diesen verbrecherischen Krieg aufzugeben, denn auch sie machen in der Ausplünderung der afrikanischen Völker ihren Profit.



Demonstration der Teilnehmer des Kongresses: 'Freiheit für Angola, Mozambik und Guinea-Bissao. Die Revisionisten verteilten an Demonstranten und an die Bevölkerung Flugblätter, worin sie die Mitbestimmung als Kampfmittel gegen die Ausplünderungspolitik der westdeutschen Imperialisten in Südafrika anpriesen.

Dazu schreibt ein Roter-Morgen-Leser aus Dortmund:

"Am 13./14. Januar fand in Dortmund ein Kongress 'Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambik' statt. Das Organisationskomitee des Kongresses wurde von revisionistischen und reformistischen Gruppen entscheidend bestimmt. Vertreter der Befreiungsbewegungen Angolas, der MLPA, Mozambiks, der FRELIMO und Guineas, der PIGC waren eingeladen.

Hier in Dortmund haben die Kongressteilnehmer einen der Feinde der afrikanischen Völker direkt vor der Tür: den Hoesch-Konzern, der in Südafrika seine Extraprofite macht. Die Eröffnungsrede von Wolf Geissler empfiehlt als Kampfmittel dagegen den Protest auf Aktionärsversammlungen!!! Er jammert: Die 'Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der VEBA verstiessen gegen ihre Pflicht als Beamte! – ? – Weil sie Investitionen der VEBA in Namibia unterstützen, was durch einen UNO-Beschluss verboten ist. Darum müsse man der Bundesregierung 'mal Fragen



Befreiungskämpfer aus Mosambik auf dem Vormarsch

stellen'! **Als sich der Redner dann auch noch 'gegen den Krieg' ausspricht, reicht es: Jetzt ruft es aus dem Publikum: 'Sieg im Volkskrieg!'** Wer den Redner kennt, weiss, woher der Wind weht. Geissler und sein 'Arbeitskreis dritte Welt' bekommen ihr Geld nämlich vom 'Entwicklungshilfe'-minister Eppler selbst.

Als nächste sprechen Antonio Neto von der Befreiungsbewegung Angolas und ein Vertreter der Befreiungsbewegung Mozambiks. Antonio Neto spricht von den letzten militärischen Erfolgen der Freiheitskämpfer: ein Militärlager der Portugiesen wurde vernichtet, mehrere Hubschrauber zerstört. Die offizielle Dolmetscherin 'übersetzte' das so: "Es geht hier um Ortsnamen, die ich nicht verstanden habe."! Und so geht es weiter: diese Dolmetscher des Komitees verstehen immer gerade dann schlecht, wenn von revolutionärer Gewalt die Rede ist.

Aber diese offenen Lügen helfen den Revisionisten nichts. Spontan wird an den Tischen die korrekte Übersetzung organisiert. Und als Neto mehrfach wiederholt: "Wir werden kämpfen, bis wir siegen!", will der Beifall nicht enden. Und mindestens ein Viertel des Publikums versteht sehr gut, welche Ohrfeige Neto dem Komitee austeilt, als er betont: "Wir kämpfen nicht hauptsächlich in der UNO, wir kämpfen vor allem militärisch in unserem Land!"

Auf der Schlusskundgebung sprach Gil Fernandez, Aussenminister der Befreiungsbewegung Guineas. Er überbrachte dem Kongress die "Grüsse unserer Kämpfer im Dschungel" (stürmischer Beifall). Er berichtete, wie die PAIGC, die Befreiungsbewegung, innerhalb kurzer Zeit zweimal den Sender der Kolonialisten in die Luft jagte. Er kündigte die baldige Unabhängigkeitserklärung seines Landes an. Dann sagte er voller Ironie gegenüber den Leuten vom Organisationskomitee: "Vielleicht wird auch Herr Brandt uns anerkennen. Aber das ist Wunschdenken. Wenn wir nachts träumen, träumen wir etwas anderes. Denn unter unserem Kopfkissen liegt ein Gewehr...!' Zum Schluss forderte er die Kongressteilnehmer dazu auf, dafür zu sorgen, dass die portugiesischen Kolonialisten bis 1974 keine westdeutschen Waffen mehr bekommen.

Die Antwort des Organisationskomitees? Zum Beispiel ein Brief an Brandt! Ein Schlussappell, der sich gegen den Krieg überhaupt aussprach. Aber dieser Verrat am heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes blieb nicht ohne Protest: "Dieser Brief an Brandt, das ist doch genau das Wunschdenken, wovon Fernandez gesprochen hat!" – "So kann man keine Waffenlieferungen verhindern!" – "Der Schlussappell tut so, als ob die Bundesregierung von den imperialistischen Konzernen unabhängig wäre.

**Es ist klar, dass Gil Fernandez nicht auf die Leute vom Organisationskomitee gehofft hat, als er seinen Appell aussprach. Er wendete sich an die westdeutschen revolutionären Kräfte, und sein Ruf darf nicht ungehört verhallen! Deshalb dieser Brief an den Roten Morgen: Die KPD/ML muss den Kampf gegen die imperialistische Politik des westdeutschen Kapitals in Südafrika organisieren. Denn schon hat Krupp in Angola eine deutsche Söldnerarmee auf die Beine gestellt; und schon sind 'Berater' der Bundeswehr in den portugiesischen Kolonien bei ihrer schmutzigen Arbeit.
Gemeinsam mit den afrikanischen Freiheitskämpfern muss die deutsche Arbeiterklasse diesem Spuk ein Ende machen!**

Kampfansage...

Fortsetzung von S. 1

Genau wie das BVG neben den Notstandsgesetzen zu den reaktionärsten Machwerken der SPD-Regierung gehören, genauso wird es auch bei der Mitbestimmung sein. 'Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitern und Anteilseignern"(Umschreibung für Kapitalisten), das kann es nicht geben, denn die Arbeiterinteressen sind den Interessen der Kapitalisten genau entgegengesetzt. Was Brandt will, ist, dass die Kapitalisten zusammen mit ein paar bestochenen Betriebsräten die Ausbeutung der Arbeiter noch besser regulieren.

Und auch zu Vietnam hat sich jetzt unser Friedenswilly geäussert: 'Wir sind darauf vorbereitet, in beiden Teilen Vietnams humanitären Beistand zu leisten,... wenn die Waffen schweigen." Also wieder kein Wort gegen den amerikanischen Völkermord in Vietnam. Warum auch, Brandt hofft auf einen imperialistischen Frieden in Vietnam. Und denn meint er, kann ja der westdeutsche Imperialismus im Gewand der "humanitären Hilfe" dort Fuss fassen.

Ja, Brandt hat Klartext gesprochen. Kein bisschen unterscheidet er sich mehr von seinen Gesinnungsbrüdern in der CDU/CSU. Er ist ganz Diener seines Herrn, des Kapitals. Die SPD ist kein kleineres Übel, sie ist nur der treue Gehilfe des Grundübels unserer Gesellschaft, des Kapitalismus. Dieses Übel muss mit seiner Wurzel ausgerottet werden, daran kommt man nicht vorbei. Das zeigt die Regierungserklärung Brandts. Alle Streitereien der bürgerlichen Parteien, im Wahlkampf und im Parlament, dienen nur dazu, die Massen zu täuschen. Im Grunde sind sie sich völlig einig. Sie haben in Bonn die Aufgabe, die parlamentarische Fassade der Diktatur des Kapitals, das 'rechts-links'-Spiel im Bundestag, immer wieder aufzufrischen. Das kommt am besten durch eine Äusserung eines CDU-Abgeordneten nach Sitzungsschluss zum Ausdruck. Er meinte: "Wenn das die neue Mitte ist, weiss ich nicht, ob ich rechts oder links davon stehe." (NRZ, 18.1.)

Völkermörder...

Fortsetzung von S. 1

seines Vaterlandes niemals zustimmen. Im politischen Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams heisst es dazu: "Vietnam ist **ein** Land, und das vietnamesische Volk ist **ein** Volk. Keine Macht kann unser Vaterland spalten; unser ganzes Volk wünscht innig die Wiedervereinigung des Landes. Vietnam muss wiedervereinigt werden."

Der Kampf des vietnamesischen Volkes um nationale Einheit ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die US-Aggressoren. Wenn diese Verbrecher aus dem Land vollständig vertrieben sind, gibt es kein Hindernis mehr für die nationale Einheit, denn das Regime Thieu in Südvietnam ist ohne die USA nicht eine Minute länger lebensfähig. Vietnam ist ein Land, ein Volk mit einem einheitlichen Willen.

VIETNAM DEN VIETNAMESEN!
ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ....

ROTER MORGEN

Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben)einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 26 27 67 – 203 (Verlag E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Nachrichten

KAMPF GEGEN BUNDESWEHR WIRD MILITANTER

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerung in- und ausserhalb der Bundeswehr hat abgenommen. Aber die Generäle sind beunruhigter als je zuvor. Denn der Kampf der Soldaten in der Bundeswehr hat zugenommen. So haben im I. Korps, in dem viele Wehrpflichtige aus dem Rhein-Ruhrgebiet sind, im letzten Jahr 4500 Soldaten die Truppe 'unerlaubt verlassen', mehr Waffen als je zuvor gingen 'verloren' und wurden beschädigt, Angriffe auf Vorgesetzte haben zugenommen. Vor allem aber, jammern die Generäle, würden immer mehr Soldaten den Bonner Staat und die Bundeswehr hassen.

STREIK DER BELGISCHEN RAFFINERIEARBEITER

Seit dem 13.1. streikten die belgischen Raffineriearbeiter von Antwerpen und Lüttich. Die 5300 Arbeiter fordern höheren Lohn und mehr Urlaub. Die über ihre niedrigen Löhne empörten Arbeiter hielten Tankwagen der grossen Ölfirmen an. In Süd-Lüttich und Nord-Brügge wurden die Schläuche von Zapfsäulen zerschnitten. Der Streik dauerte bis zum Redaktionsschluss an.

WESTDEUTSCHE IMPERIALISTEN GEGEN CHILE

Das Hamburger Landgericht liess auf Antrag der amerikanischen Firma: Konnecott 3000 t Kupfer im Hamburger Hafen beschlagnahmen. Die US-Kapitalisten versuchen in der ganzen Welt eine Boykottbewegung gegen chilenisches Kupfer zu organisieren, weil Chile sie aus der Kupfermine 'El-Teniente' vertrieben hat. In Italien, den Niederlanden und Schweden konnten die Konnecott-Kapitalisten die Gerichte nicht zur Unterstützung ihres Kampfes gegen Chile gewinnen. Das chilenische Kupfer wird hier weiter importiert.

AMERIKANISCHE ARBEITER KÄMPFEN GEGEN RATIONALISIERUNGSTERROR

In den USA stehen die Tarifverhandlungen für die Automobilindustrie vor der Tür. Kapitalisten und Bonzen zittern. Denn schon seit einiger Zeit kämpfen die Automobilarbeiter gegen die Entlassungen und die verschärfte Arbeitshetze in den Automobilwerken, besonders bei General Motors. Bei den General-Motors-Werken in Norwood streikten 4000 Arbeiter 170 Tage lang, in einem Automobilwerk in Ohio kam es zu einem dreiwöchigen Streik. In über einem Dutzend Werken von General Motors streikten die Belegschaften regelmässig jede Woche: Sie hörten schon Donnerstags auf zu arbeiten und fingen erst Dienstags wieder an. Und ihr Kampf hatte Erfolg. So wurden in Lordstown von 400 schon wegrationalisierten Arbeitsplätzen 300 wieder eingerichtet.

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg: Nr. 26 27 67 – 203 (Verlag Ernst Aust)

Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck.

Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben).
Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen.
Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Tarifbetrug... Fortsetzung von Seite 1

Vor dem Schandabschluss herrschte bei Mannesmann eine Stimmung, die zwischen Misstrauen in die Gewerkschaftsführung und der Hoffnung, dass "am 11. endlich gestreikt wird", schwankte. Nach dem 46 Pfennigabschluss war die Empörung gross. Die Kollegen hofften jetzt auf ein gutes Ergebnis bei der 2. Urabstimmung. Die Gewerkschaftsbonzen taten alles, um die Beteiligung niedrig zu halten. Sie kündigten die Urabstimmung in der Presse für den 11. und 12. an, tatsächlich wurde sie aber schon am 10. begonnen. Nicht grosse Plakate, wie üblich, sondern kleine, unauffällige, handgeschriebene Aushänge, und das erst ab dem 10., kündigten die Abstimmung an. Auf diesen Zetteln stand nicht einmal, wo die Urabstimmung stattfinden soll. Wenn man bedenkt, dass die notwendigen 75 % nicht von den abgegebenen Stimmen, sondern von der Gesamtzahl der Mitglieder berechnet wird, ist klar, dass diese Massnahmen eine direkte Manipulation des Wahlergebnisses sind.

Tatsächlich herrschte bei den Kollegen ziemliche Verwirrung, wann und wo die Abstimmung für ihre Schicht nun stattfindet. Als wir in meiner Schicht herausgefunden hatten, wann für uns die Abstimmung angesetzt war, gingen wir in der ganzen Halle herum, um alle Kollegen für die Abstimmung zu mobilisieren. Ich habe eine solche Aktivität im Betrieb bisher noch nicht erlebt. Selbst vor der Urne agitierten viele Kollegen noch für 'Nein'. Auch der Wahlhelfer der IGM war kein Bonzenknecht. Jeden Neueintretenden sprach er an: "Dass du auch richtig abstimmst. Im zweiten Kreis, wo 'Nein' steht, musst du das Kreuz machen." Und bevor er die Stimmzettel in den Schlitz steckte, schaute er sie an und sagte: "Hast du auch richtig gestimmt? A\ – ja, mit Nein, so ist es in Ordnung."

Ich selbst blieb mit meinen Arbeitskollegen etwa eine halbe Stunde im Wahllokal, um zu verhindern, dass jemand mit Ja stimmt. Auch mit den türkischen Kollegen sprachen wir, damit sie nicht etwa aus Unwissenheit falsch stimmten.

Alle Kollegen waren äusserst misstrauisch, dass die Bonzen noch am Ergebnis herumdrehen würden. Ein Kollege sagte: "Angenommen wir erreichen die 75 %, wer garantiert uns denn, dass die Bonzen das Wahlergebnis nicht fälschen? Zuzutrauen ist denen das schon, und wir können ja doch nichts kontrollieren!" Ein junger Arbeiter erzählte von einem gewerkschaftseigenem Betrieb, wo die Arbeiter für Verbesserungen streiken wollten und versucht wurde, mit allen Mitteln den Streik zu verhindern. Dafür haben Arbeiter einen Bonzen dann mit Stuhlbeinen verdroschen. "So müssten wir das auch machen", sagte der Jungarbeiter.

Jetzt wurde weniger über die Höhe der Forderungen diskutiert als darüber, dass man endlich einmal streiken müsste. Fast alle waren aber der Meinung, dass auch 11 % zu wenig seien. Man kann sich die Wut und Empörung der Kollegen vorstellen, als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde. 300 Arbeiter der Abteilung Mannesmann-Verkehrsbetriebe schmissen aus Protest gegen diesen Tarifabschluss die Brocken hin.

Wenn auch viele Kollegen jetzt noch resignieren, diese Tarifrunde hat vielen klargemacht: **Wenn wir uns auf die Bonzen in der Gewerkschaft und auf die Regierung verlassen, dann sind wir verlassen, dann haut man uns in die Pfanne, erreichen können wir nur etwas, wenn wir unsere Sache in die eigenen Hände nehmen und den Kampf selbst organisieren.**

Arbeiterkorrespondenz

Wie den Kapitalisten die Angst vor der Arbeiterklasse in die Knochen gefahren ist, zeigt sich bei den Bossen der Kalle AG in Wiesbaden-Biebrich. In diesem Betrieb kam es während der letzten Chemietarifrunde, wie in sovielen Betrieben, zu grossen Streiks. Um sich nun auf neue Streiks vorzubereiten, liessen die Kalle-Bosse sich was ganz besonderes einfallen. Sie installierten auf den Fabrikgebäuden insgesamt 11 Fernsehkameras.

Wozu denn das? Die Kalle-Bosse meinen, zur besseren Überwachung der Parkplätze! Und wozu dienen sie wirklich? Man braucht sich nur anzusehen, wie die Kameras eingestellt sind. Nämlich so, dass genau die Stellen einsichtig sind, an denen während des Streiks Flugblätter verteilt wurden. Und sie überwachen 2 Meter hohe Drahtzäune an Stellen, wo diese Zäune während des Streiks von der Firma eingerissen wurden, um z.B. Streikbrechern den 'freien Zutritt' zur Firma zu ermöglichen.

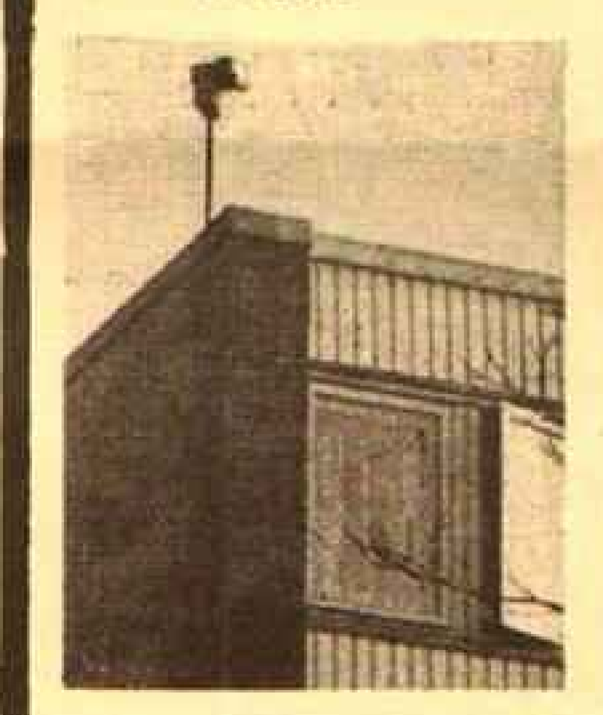
Und was sagen unsere 'Vertreter' in der Gewerkschaft zu dem 2,5-Millionen-Projekt (soviel kostet nämlich der Tag und Nacht funktionierende Überwachungsdienst)?

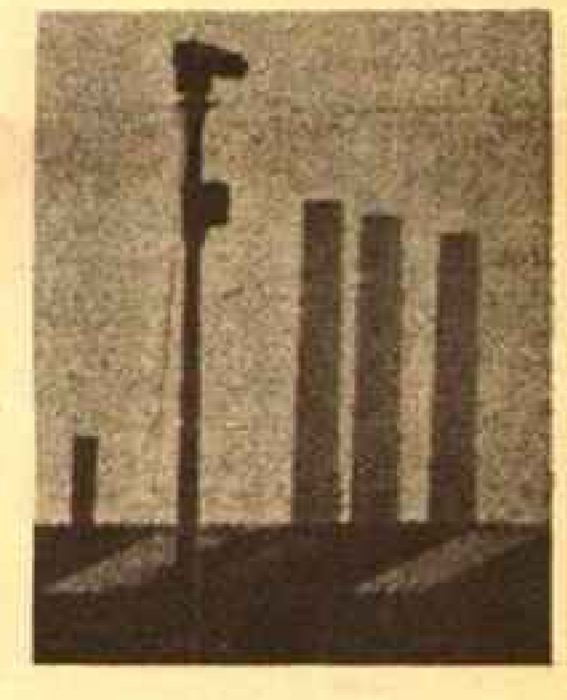
"Rechtlich ist es nicht möglich, einen Abbau der Kameras zu erzwingen!" Und sie verweist die Kollegen auf den Betriebsrat. Ja, und dieser hat schon einen ersten Sieg errungen, denn: "Die Firmenleitung sagte zu, an den Kameras weit sichtbare Signallampen anzubringen, die bei Inbetriebnahme der Geräte aufleuchten."

Kollegen, setzen wir solchen 'Vertretern' klassenkämpferische Betriebsräte und Vertrauensleute entgegen, die unsere Interessen vertreten und nicht die der Kapitalisten, und schliessen wir uns gegen den kapitalhörigen DGB-Apparat in der Gewerkschaftsopposition zusammen.

FÜR KLASSENKÄMPFERISCHE BETRIEBSRÄTE UND VERTRAUENSLEUTE!

Zitate aus: Gewerkschaftspost (Zeitung der IG Chemie, Papier und Keramik) Nr. 12/72





DGB-Führer und Generale Hand in Hand

Vor kurzem drohte Thyssen-Chef Sohl damit, seine Kokskohle aus Übersee zu beziehen und auch Teile seiner Rohstahlproduktion in diese Länder zu verlegen. Die IGBE-Führer antworten auf diese Drohung mit einem Artikel in ihrem Organ, 'Einheit'. Ihre Schlagzeile: 'Naive Schwärmerei im Thyssen-Hauptquartier!' Thyssen droht mit der Ausplünderung anderer Länder. Die IGBE-Führer aber sehen als Gefahr nicht imperialistische Kriege, sondern: 'Ausverkaufsstrategie', denn:

"Das Sohl-Konzept brächte die deutsche Kohle auf Null und die Energieversorgung der Bundesrepublik in eine nahezu totale Importabhängigkeit."

Der alte Kanonenkönig Thyssen hat also vor, sich selbst zum Sklaven anderer Länder zu machen? Das ist wahrhaft starker Tobak! Und die IGBE-Führer wissen ganz genau, daß die Kohle- und Stahlherren keine Minute daran gedacht haben, ihre alten Wünsche zur Beherrschung der Welt aufzugeben.



Vom Gewerkschaftsboss zum Kriegsminister in Bonn: Georg Leber bei der Panzergrenadierbrigade 13 in Wetzlar

Vorherrschaft in Westeuropa

Sie waren ja selbst als gutbezahlte Mitbestimmer dabei, als mit der Gründung der Montan-Union die Kanonenkönige von der Ruhr sich mit der Hilfe der US-Imperialisten wieder in den Sattel schwangen. Sie waren mit dabei und verdienten nicht schlecht daran, als die EWG immer mehr zu einem Mittel der westdeutschen Imperialisten wurde, um auf Kosten der westeuropäischen Völker Profite zu scheffeln.

So war es der zweite Vorsitzende der IGBE, Berg, der 1970 als Mitglied der EWG-Kommission in Brüssel die Neuordnung des europäischen Bergbaus durchsetzte: 75 % der europäischen Kohle sollten jetzt (bisher 64,4 %) von Westdeutschland geliefert werden. Was bedeutete, dass 40 % der französischen und beglischen Pütts dichtgemacht werden mussten. **Wenn Thyssen also vorhat, an die Stelle der Ruhrkohle jetzt die Kohle aus Überseeländern zu setzen, dann nicht um sich selbst zum Sklaven zu machen, sondern um andere zu versklaven.**

...und morgen in der ganzen Welt!

Nachdem sie erst auf dem Rücken der Bevölkerung Westeuropas die Ruhrkohle zum Hauptenergieversorger gemacht haben, heisst ihr neues Ziel jetzt: Ausplünderung und Ausbeutung der Energie der Länder Lateinamerikas und Nordafrikas. Diesmal auf dem Rücken der 'eigenen' Arbeiterklasse. Von ehemals 600 000 Bergleuten arbeiten heute nur noch 200 000 auf dem Pütt. Und die Rationalisierung geht weiter. Auch hier mit Zustimmung der IGBE-Führer. Sie selbst stellen die Forderung, die Förderung der westdeutschen Kohle weiter zu senken, sie selbst verkünden die weitere geplante Entlassung von 15000 Bergleuten als 'notwendige Massnahme'. So sehen die Tatsachen aus. Die Ruhrbarone rüsten wieder zu Eroberung und Unterwerfung.

Und da redet die 'Einheit' von 'naiver Schwärmerei'.

Das ist doch der Gipfel! Der zweite Weltkrieg, den die Thyssen und Krupp angezettelt haben, um genau solche Pläne in die Tat umzusetzen, 'naive Schwärmerei'? Die massive Rüstungsproduktion, die gerade der Thyssenkonzern betreibt, nichts als Schwärmerei? Das glaubt doch kein Mensch.

Eben. Deshalb auch die plumpen Lügen der IGBE-Führer – der Wolf hat zu laut geheult und muss vor den Massen als dummes Schaf hingestellt werden: Mit diesem Manöver wollen die IGBE-Führer sich als Friedensapostel vor die Massen hinstellen und die wahren Ziele der westdeutschen Imperialisten verhüllen.

Unter dem Deckmantel des Friedens aber entfalten die Führer der IGBE gerade in der letzten Zeit eine eifrige Militarisierungspolitik.

So hielt im November 1971 der gesamte 7-köpfige Vorstand der IGBE in Unna eine routinemässige Sitzung ab. Anschliessend versammelten sich Bonzen und Militärs zu einem gemeinsamen Umtrunk im Offizierskasino. Dazu Adolf Schmidt: "Wir demonstrieren hier unsere positive Einstellung zum Staat. Unsere demokratische Organisation nimmt heute Kontakt zu einer anderen demokratischen Organisation, der Bundeswehr."

Schon ein Jahr vorher war zwischen IGBE-Führung und Bundeswehr beschlossen worden, regelmässige Treffen zwischen Kumpels und Soldaten zu organisieren, um 'die Vorurteile zwischen Arbeiterschaft und Militär abzubauen'.

Die IGBE-Führer waren auch dabei, als Kriegsminister Schmidt und Bundeswehrgenerale den DGB-Vorstand eingeladen hatten, um über die Durchführung der 'Wehrreformen' zu beraten. Ganz auf dieser Linie ist zum Beispiel auch ein Betriebsrat der Zeche Prosper in Bottrop Mitglied des Musterungsausschusses beim Kreiswehrersatzamt geworden.

Die Bonzen halten also grosse Stücke auf die Bundeswehr. Ihre Sitze in den Aufsichtsräten, ihre Beteiligung an den grossen Konzernen über die Bank für Gemeinwirtschaft, ihre Teilhaberschaft an Kapital, sind die feste Grundlage ihrer Freundschaft zur Bundeswehr. Nicht umsonst war der erste Kriegsminister der Bundesrepublik, wie jetzt Leber auch, ein DGB-Bonze: Theodor Blank, von der IGBE.

Aber die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Jugend werden keinen neuen Krieg dulden. 'Theobald geh du allein, wir wollen keine Soldaten sein', schrie die Zechenjugend dem ersten Kriegsminister entgegen. Die Kumpels verweigerten die Panzerschichten für den Wiederaufbau der Rüstung. Heute wird der antimilitaristische Kampf auf breiter Front weitergeführt. In- und ausserhalb der Armee vereinigen sich immer mehr Arbeiter und werktätige Jugendliche unter dem Kampfruf:

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

PROTESTDEMONSTRATION DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION KIEL!

Am 13. 1. fand auf dem Ostufer in Kiel eine Demonstration von ca. 150 oppositionellen Gewerkschaftern statt, die der Bevölkerung zeigten, dass sie den Lohnraub durch das neue Tarifabkommen in Schleswig-Holstein nicht akzeptieren.

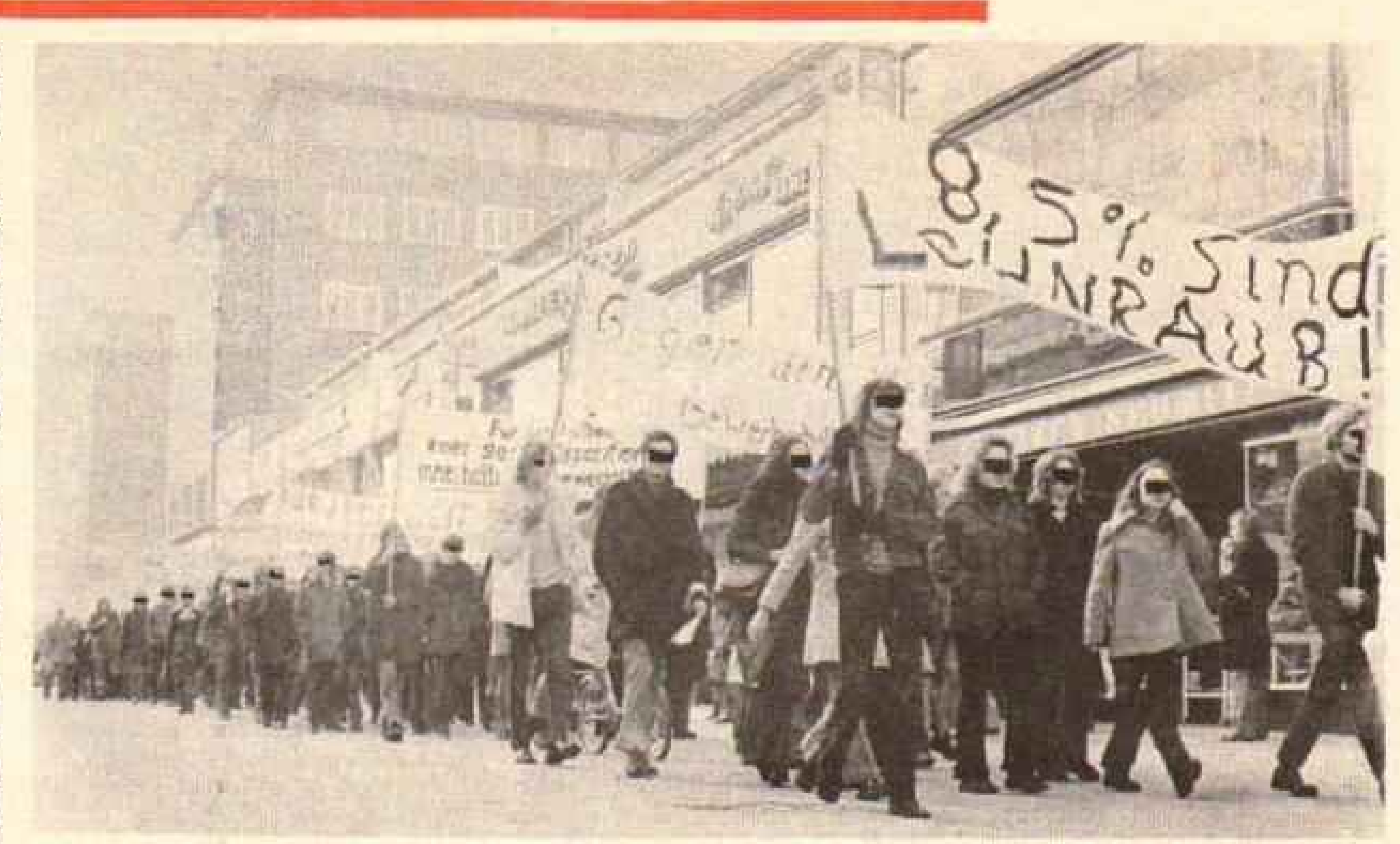
Sie schreiben in ihrem Flugblatt:

"Wir alle sind unzufrieden mit dem Ergbenis von 8,5 % für die Arbeiter und Angestellten und 30 bzw. 40 DM mehr für die Lehrlinge... Klar ist, dass kein Kollege bereit ist, für 8,5 % oder 11 % mehr zu streiken, aber für 15 % würde es sich lohnen. Oder wie bei den Lehrlingen für Anhebung auf das letzte Lehrjahr und 150 DM mehr ...
Die Vertrauensleuteleitung von Hell hat sich eindeutig gegen diesen Abschluss gewandt. Auf ihrer Sitzung vom 9. 1. hat sich die Mehrheit der Vertrauensleute von MAK entschieden gegen dieses Ergebnis gewandt, genau wie die vielen Vertrauensleute von HDW. Auf der Elac fand eine Versammlung von 4 Abteilungen statt, die den Mitgliedern der Tarifkommission empfahl, gegen dieses Ergebnis zu stimmen. Ähnlich sieht es in anderen Betrieben und ganz Schleswig-Holstein aus ... "

Die Demonstration stiess in der Einkaufsstrasse Kiels auf viel Interesse und Sympathien bei den Passanten. Besonders interessiert lasen Frauen, die schnell noch nach der Arbeit ihre Besorgungen machten, Parolen wie: 'Frauen schuften wie die Männer, wir dulden halben Lohn nicht länger.'

In den Kieler Nachrichten, dem einzigen Blatt am Ort, wurde lang und breit die Erklärung der IG Metall Ortsverwaltung wiedergegeben. Überschrift: 'Demonstration der Gewerkschaftsfeinde'.

Aber die Hetze kam nicht an. Kollegen in den Betrieben meinten am nächsten Montag: 'Wir können selber entscheiden, ob wir verführt werden'. Die Wut auf die IGM-Bonzen wächst, immer mehr wächst aber auch das Vertrauen der Arbeiter in ihre eigene Kraft; der Kampf gegen Ausbeutung und Verrat geht weiter!



Kein Stillhalten für Brandt und Schmidt! Die Gewerkschaftsopposition geht aus dem Kampf gegen Ausbeutung und Verrat gestärkt hervor. Der spontane gewerkschaftliche Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse wird sich zunehmend gegen den imperialistischen Staat selbst richten!

HANDHAKEN

DER ROTE

Nr.4 Jan. 73

Hamburger Hafenzeitung der KPD/ML

AUFRUF

HAFENARBEITER HAMBURGS!

1927 haben die Hamburger Hafen- und Transportarbeiter ihren Protest gegen den imperialistischen Krieg schon einmal erhoben. Sie haben die Waffen- und Munitionslieferungen nach China boykottiert, um den Massenmord an Millionen Chinesen zu verhindern.

Auch heute müssen wir unsere internationale Solidarität beweisen: die italienischen, australischen und dänischen Kollegen gehen den Hafenarbeitern der Welt voran, indem sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, sämtliche einlaufenden amerikanischen Schiffe bis zum Waffenstillstand zu boykottieren.

Hamburger Hafenarbeiter, reiht Euch ein in die internationale Kampffront gegen die amerikanischen Kriegsverbrecher!

Boykottiert die amerikanischen Dampfer!

Schluss mit dem Gemetzel in Vietnam!

Sofortige Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens durch die USA-Regierung!

Für den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller US-Truppen!

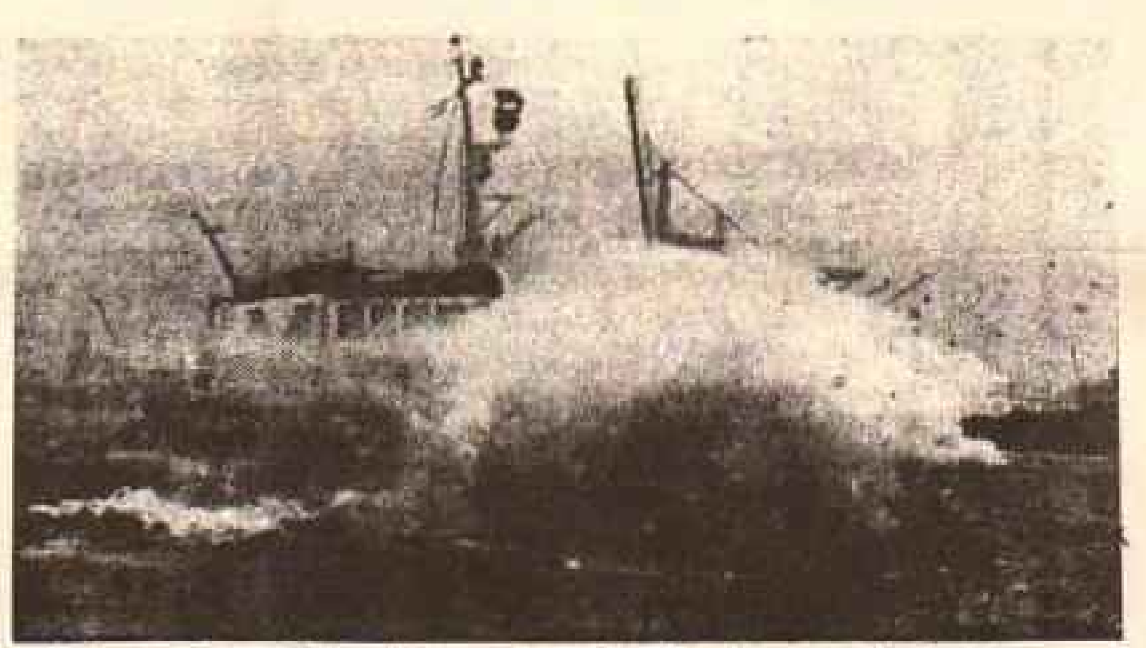
Nieder mit dem US-Imperialismus, dem Hauptfeind der Völker!

(Aus: "Der Rote Handhaken", Januarnummer)

Berichtigung

Im RM Nr. 2/73 war im Artikel: 'Säuberungswelle' von 'hunderttausenden' von Loyalitätsreversen (Loyalitätserklärungen) die Rede, die damals die DGB-Führung unterschreiben liess, um Kommunisten aus der Gewerkschaft zu säubern. Richtig ist allerdings, dass die Revers nur von Betriebsräten unterzeichnet werden musste. Allen Gewerkschaftern eine solche 'Treueerklärung' zur Verratspolitik des Vorstands vorzulegen, trauten sie sich nicht.

Wenn der STURM pfeift – wir müssen weiterschuften



"Vor einiger Zeit wütete ein mächtiger Sturm über Hamburg. Obwohl die Sturmwarnungen vorher lange genug bekannt waren, wurden die Kollegen nicht rechtzeitig informiert, sonst hätten sie noch Sicherheitsvorkehrungen treffen können. Später war dann die Katastrophe da!

Am Buchartkai kippten eine Menge Container über den Terminal, die Gewalt des Sturms riss bei Schuppen 40 einen Dampfer los, bei Schuppen 57 kippte sogar ein Kran um. Und in der ganzen Zeit mussten die Kollegen weiterarbeiten!

So z.B. die Kollegen von Schuppen 10 – während ihnen die Teile des Dachs von Halle E nur so um die Ohren flogen. Bei Schuppen 58 wurden die Kollegen in der Zeit, als die Kräne nicht benutzt werden konnten, an die Container geschickt; dabei bekam ein Kollege durch den Sturm eine Containertür mit voller Wucht ins Kreuz geschlagen und wurde erheblich verletzt. Mitten im grössten Unwetter wurden Kollegen von Schuppen 76 losgeschickt, um die vom Sturm umgekippten Container wieder aufzustellen!

Das ist die 'Fürsorge' der Hafenbosse für die Kollegen!"

Aus: 'Der rote Handhaken', Betriebszeitung der KPD/ML für den Hamburger Hafen.

40000 SEELEUTE BETROGEN

(Aus einem Artikel der Hafenzeitung der KPD/ML in Hamburg, 'DER ROTE HANDHAKEN' – gekürzt.)

"Das Tarifergebnis für Seeleute ist mit 8 % ausgefallen. Damit verdient ein Matrose 5,25 DM. ... Wie soll ein Matrose damit leben können bei den steigenden Preisen und Steuern? Schon in den vorausgegangenen Jahren haben sich die Seeleute durch Streiks und Kundgebungen gegen die Reeder zur Wehr gesetzt. Immer wieder scheiterte der Ansturm am Verrat der ÖTV- und DAG-Führung, die mit Staat und Reedern unter einer Decke stecken. Die Seeleute haben einen tiefen Hass gegen die ÖTV-Bonzen. Einige kommen sogar ins Gewerkschaftshaus und machen sich ihrer Wut Luft, indem sie die verantwortlichen Funktionäre zur Rechenschaft ziehen. Das zeigt ganz deutlich, dass die Seeleute bereit sind, gegen die ÖTV-Führung vorzugehen, zeigt die Notwendigkeit der Gewerkschaftsopposition, die bereits erste Erfolge im Tarifkampf der Metaller erzielt. Deswegen heisst unsere Forderung:

Fegt das Tarifdiktat von Reedern, Regierung und Gewerkschaftsbonzen vom Tisch!

Keine Anerkennung der 8 %!

Vorwärts mit dem zwischentariflichen Lohnkampf!

Seeleute und Hafenarbeiter müssen diesmal gemeinsam kämpfen! Wenn wir es wollen, dreht sich kein Kran mehr und die Lukendeckel bleiben dicht: Davon können uns die Mauscheleien der ÖTV-Bonzen nicht abhalten!"

IGM-Jugendgruppe AUFGELÖST

Die Gewerkschaftsjugendgruppe eines Bosch-Betriebs hatte vor den Tarifverhandlungen auf einer Versammlung eine Resolution verfasst, in der die Forderung '150 DM auf den dritten Lehrjahrslohn für alle Lehrlinge' aufgestellt wurde. Diese Resolution wurde an die grosse Tarifkommission geschickt.
Zwei Wochen später wurde das Verhandlungsergebnis der Bonzen bekannt: 60 DM mehr für Lehrlinge.

Sofort bildete sich ein Demonstrationszug von Lehrlingen zum Gewerkschaftshaus, Unterschriften wurden gesammelt und auf breiterer Grundlage noch eine Demonstration organisiert.
Die Bonzen reagierten prompt. Die IGM-Jugendgruppe wurde aufgelöst. Begründung: "Die Jugendgruppe arbeite gegen die Interessen der Gewerkschaft." Das zeigt wieder einmal, wessen Interessen die Gewerkschaftsoberen vertreten und mit welchem Terror die Bonzen gegen klassenkämpferische Kollegen vorgehen.
Deshalb:

Stärkt die oppositionellen Gruppen in den DGB-Gewerkschaften!

DEBATTE

In einer Berliner Betriebsversammlung meldete sich ein noch sehr jugendlicher Arbeiter zur Diskussion. Mit heftigen Worten wendet er sich gegen die Politik der Führer und schont auch nicht den würdigen Mann, der das Referat gehalten hat.

Wütend unterbrach ihn der: "Du Rotzlöffel, bist ja noch viel zu jung, um das beurteilen zu können." Der Berliner Junge stemmte die Fäuste in die Seite: "Jung? Det jibt sich. Aber du bist doof. Det bleibt!"

ARBEITERJUGEND: HINEIN IN DIE ROTE GARDE!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

SIEG IM VOLKSKRIEG VIETNAMS – KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND

VIETNAMDEMONSTRATION DORTMUND:

D'K'P mit Schlagringen gegen Marxisten-Leninisten

Am Samstag, den 20. 1., kamen 20 000 zu einer Vietnamdemonstration nach Dortmund. Busse aus allen Teilen Westdeutschlands brachten noch während der Aufstellung immer neue Gruppen herbei. Transparente und die Fahnen Vietnams wurden entrollt. Dann setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Die eng gedrängten Reihen nahmen fast die ganze Straßenbreite ein.

Ein Demonstrant, ein älterer Eisenbahner, war mit seinem PKW von Südbayern gekommen: "Ich habe mit keiner Politik was zu tun, aber da kann man doch nicht zusehen, wie es die Amerikaner da unten treiben", erklärte er.

20 000 Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten stimmten Sprechchöre an wie: 'Amis raus aus Vietnam' und 'Nixon glauben wir kein Wort – Völkermord bleibt Völkermord!'

Es fehlten aber Parolen, die die tieferen Hintergründe des Vietnamkriegs ausgedrückt hätten. Dafür hatten die Organisatoren dieser Demonstration gesorgt: die revisionistischen und reformistischen Führer von SDAJ, MSB Spartakus (Jugend- bzw. Studentenorganisation der D'K'P), Jusos, Falken, Trotzkisten usw. Sie hatten kein Interesse daran, dass Parolen gegen das imperialistische System, gegen das internationale Komplott der Imperialisten gegen den Freiheitskampf der Völker, Parolen zur Unterstützung des bewaffneten Volkskriegs, gegen die Klassenfeinde im eigenen Land, getragen wurden.

Aber das revolutionäre Bewusstsein in den Reihen der Demonstranten war da. Ein älterer Arbeiter meinte, die Sowjetunion als hochindustrialisiertes Land könnte den Vietnamesen ganz andere Waffen liefern, wenn sie nur wollte. Ein D'K'P-Anhänger stempelte ihn daraufhin als 'Kleinbürger, der den 3. Weltkrieg will'.

Aber solche aufrichtigen Klassenkämpfer wie der ältere Kollege fanden ihre Unterstützung. Die KPD/ML und die Vietnamausschüsse Dortmunds verteilten Flugblätter, die auch die Rolle des Sozialimperialismus aufdeckten. Transparente propagierten den Sieg im Volkskrieg. Immer wieder bildeten die Genossen Diskussionsgruppen um sich. Gerade hier, wo tausende klassenkämpferische Arbeiter von den Revisionisten unter abwieglerischen Losungen marschieren sollten, wo die Revisionisten auf der Schlusskundgebung offen gegen das sozialistische China hetzten, hier war der volle Einsatz der Marxisten-Leninisten notwendig.

Welche Angst die Revisionisten-Häuptlinge vor der Wahrheit haben, zeigte ihre Reaktion auf unsere Propaganda. Schon während der Aufstellung vor dem Abmarsch entrissen einige D'K'P-Ordner den Genossen Flugblätter. Ihre Schlägertrupps zerrissen – trotz heftiger Gegenwehr – das Transparent 'Sieg im Volkskrieg'. Die mit Schlagringen bewaffneten Revisionisten zerfetzten sogar die Transparente 'Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch'. * Aber diese Anstrengungen der Arbeiterverräter waren ein Selbstschuss: Hunderte von Demonstranten sahen ihr Treiben. Sie sahen, dass revolutionäre Losungen auf diese Schönfärber des Imperialismus wirken wie das sprichwörtliche rote Tuch.



Die Erfahrung in Dortmund zeigt wieder einmal, dass gegen die wachsende Gefahr der revisionistischen Verräter die Marxisten-Leninisten sich zusammenschliessen müssen, dass eine starke KPD/ML die erwachenden Massen aus den Fängen der Revisionisten entreissen muss.

* Der Trotzkistenblock wurde übrigens von den D'K'P-Schlägern nicht behelligt.

VIETNAMKUNDGEBUNG KIEL:

BEIM KENNEDY-HAUS KLIRRT'S!

Wie in vielen anderen Städten der Bundesrepublik regte sich auch in Kiel die Empörung über den US-Terror in Vietnam. Am Freitag, den 12. 1. 1973, fand in Kiel eine Demonstration statt. Rund 700 Menschen forderten die sofortige Unterzeichnung des im Oktober ausgehandelten Neun-Punkte-Abkommens. Sie zogen vom Vineta-Platz im Arbeiterviertel Gaarden zum Rathausplatz in der Kieler Innenstadt. Die Parolen und Sprechchöre fanden die Zustimmung der Bevölkerung.

An diesem Freitag war eine aufrüttelnde Nachricht bekannt geworden: Die US-Kriegstreiber spielen mit dem Gedanken des Atomschlags in Vietnam!

Vor dem Kieler Amerikahaus (Kennedyhaus) geriet der Zug ins Stocken. Die Entschlossensten des Demonstrationszuges rückten unter den Sprechchören 'Nixon – Mörder' und 'Schluss mit dem Bombenterror auf Vietnam' gegen diese Propaganda-Filiale des US-Kapitals vor. Im Kennedyhaus wird der gleiche 'american way of life' verherrlicht, den die Menschen in aller Welt zum Teufel wünschen.

Einige Polizisten einer Polizeieinheit, die das Kennedyhaus bewachte, stellten sich der herandrängenden Menschenmasse entgegen. Es war umsonst, sie wurden in die Scheiben der Vereinsbank gedrückt, die dem Kennedyhaus Reklamefenster zur Verfügung gestellt hatte.

Bei der Schlusskundgebung am Rathausplatz wurden noch einmal die Verbrechen der Gangsterclique im Weissen Haus beim Namen genannt.

Die Demonstrationsleitung lag in den Händen der Roten Zellen und des AStA der Kieler Universität. Die Hauptmasse der Demonstranten aber, die Genossen der KPD/ML, waren empört über das Vorgehen der Demonstrationsleitung. Den Weichmännern des AStAs kam nämlich der Sturm aufs Kennedyhaus äusserst ungelegen. Als die Demonstranten gegen das verhasste 'Kulturhaus' der US-Banditen vorgingen, fiel den akademischen 'Linken' folgendes ein: 'Jetzt muss der AStA womöglich für den entstandenen Schaden aufkommen' und 'Jetzt hat die bürgerliche Presse wieder ein Argument, um uns zu verleumden'.

Sollen wir wegen der Hetze der bürgerlichen Presse jammern, wenn in Hanoi und Haiphong ganze Stadtviertel in Schutt und Asche liegen? Weitere Tausende zerfetzter und verstümmelter Vietnamesen dem Bombenterror der US-Imperialisten zum Opfer fallen? Wenn's aber beim Kennedyhaus klirrt, dann erregt sich der AStA!

FRANKFURT:

"Heuchler"

Am Montag, den 15.1. fand in Frankfurt eine Vietnamdemonstration statt, zu der die SPD und die modernen Revisionisten aufgerufen hatten. Es kamen etwa 300 SPD- und etwa 800 D'K'P-Anhänger, sowie 2000 hauptsächlich junge Leute.

Rudi Arndt, Oberbürgermeister von Frankfurt, hatte ganz auf 'Protest' umgeschaltet. War er doch einst selbst mitverantwortlich für etliche Knüppeleinsätze der frankfurter Polizei gegen die Vietnamdemonstrationen in der Stadt. Heute aber stellt er sich vor die Menge und 'verurteilt in scharfen Worten' (Frankfurter Rundschau) das Einreiseverbot für zwei Vertreter der südvietnamesischen Revolutionsregierung durch seine Parteifreunde in Bonn. Aber mit solchen scheinheiligen Protesten kommt er nicht an: "Heuchler" wird ihm in Sprechchören zugerufen. Und: "Der Protest der SPD tut dem Kapital nicht weh!" "Sieg im Volkskrieg-Klassenkampf im eigenen Land", geht es weiter.

Rudi Arndt findet gerade noch einige 'scharfe Worte', dass die Bundesregierung die USA-Politik in Vietnam weder finanziell, noch politisch und moralisch unterstützen dürfe. Dann aber kommt er zu seinem wirklichen Anliegen:

Auf den Bombenterror der USA dürfe man hier in der Bundesrepublik nicht mit Gewalt antworten. Krampfhaft versucht er eine entschlossene Gruppe von Demonstranten zurückzuhalten, die zu einem 'illegalen' Demonstrationszug in die Innenstadt aufbricht. Aber umsonst.

Kaum flogen die ersten Steine in einen amerikanischen Autosalon in Frankfurt, da rückte Rudi Arndts Polizei mit Schlagstöcken und Wasserwerfern an. Wie eine Horde Wilder schlugen sie auf alles ein, was ihnen unter die Finger kam. Demonstranten und Schaulustige wurden durch die Strassen gejagt. "Aus Protestparolen gegen den Vietnamkrieg wurden Protestparolen gegen Polizisten", schreibt die Frankfurter Rundschau. Im Kampf gegen SPD-Arndt und seine Scheriffs zeigte sich die Richtigkeit der Parole:

FÜR EINE EINHEITLICHE, REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG GEGEN DEN IMPERIALISMUS!

SPALTER UND FEINDE IN UNSEREN REIHEN ISOLIEREN!

VIETNAMKUNDGEBUNG HAMBURG:

KB-Führer rufen Polizei!

Hamburg.(RM). Rund 2000 Menschen beteiligten sich an einer Vietnamdemonstration in Hamburg. Die revisionistischen Führer des KB ('Kommunistischer' Bund) hatten dazu aufgerufen. Die Partei und die Vietnamausschüsse bildeten in der Demonstration einen antirevisionistischen Block. Sie propagierten die konsequente revolutionäre Führung des antiimperialistischen Kampfes und entlarvten die pazifistische und heuchlerische Propaganda der Revisionisten.

Kaum hatte die Demonstration begonnen, da forderte KB-Häuptling Pils die Polizei auf, den Lautsprecherwagen unseres Blocks zu entfernen. Er sei nicht angemeldet. Sofort schlossen unsere Genossen einen Ring um den Lautsprecherwagen und die Polizei wagte, trotz mehrfacher Aufforderung durch KB-Pils, den Wagen und den 'ganzen Block zu räumen', nicht, gegen die Genossen vorzugehen.

Nach dieser Abfuhr für die revisionistischen KB-Führer und die Polizei ging der Demonstrationszug weiter. Wir zeigten durch unsere Agit-Prop die Hintergründe der USA-Aggression auf und propagierten den schonungslosen Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land. 130 Rote Morgen wurden verkauft.

Viele Kollegen verstehen nicht, dass angesichts der amerikanischen Greuel in Indochina sich scheinbar 'Kommunisten' unter sich zerstreiten und bekämpfen.

Ganz klar, das gibt es nicht und kann es nicht geben! Kommunisten kämpfen immer für die Einheit der Arbeiterklasse und aller revolutionären Kräfte, für eine möglichst breite und entschlossene Kampffront gegen den Feind. Gerade eine solche Kampffront aber wollen die Revisionisten verhindern. Sie verhindern den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, der wie überall in der Welt auch in Indochina sein schmutziges Zusammenspiel mit dem US-Imperialismus gegen die Völker betreibt. Die Revisionisten versuchen die Empörung der Massen in 'friedliche' Bahnen zu lenken: Sie gehen soweit, aufrechte Kämpfer für die Sache des vietnamesischen Volkes Polizei und Justiz auszuliefern. So arbeiten diese Verräter für die Bourgeoisie! Darum kann und wird es niemals eine Einheit mit ihnen geben!

VIETNAMKUNDGEBUNG FRANKFURT:

Trotzkisten hetzen!

Drei Rotgardisten auf der Kundgebung (siehe nebenstehenden Artikel) sehen, wie sich eine Trotzkisten-Gruppe mit einem grossen Transparent aufbaut. Abbildung: 'Nixon, Breshnew und Mao Tse-Tung – gemeinsam gegen das vietnamesische Volk'. Eine typische Trotzkistenschweinerei! Sie versuchen die Erkenntnis vieler Mensche auszunutzen, dass Nixon und Breshnew gemeinsame Sache zur Aufteilung der Welt machen. Sie tun dies, um fortzufahren in antikommunistischer Hetze: Das sozialistische China, der Vorsitzende Mao Tse-Tung würden an diesem Komplott mitmachen! Antisozialistische Hetze mit allen Tricks und Schlichen – das war schon immer die Aufgabe der Trotzkisten-Bande.

Ganz zu schweigen davon, dass sie zu jeder Gelegenheit der Regierung der DRV und der FNL Vietnams Verrat an der Sache des Volkes vorwerfen, und damit revolutionäre Kräfte schwankend machen wollen.

Als die drei Rotgardisten die Trotzkisten mit ihrem Werk in Frankfurt sahen, forderten sie die Gruppen NRF und KHF ('KPD'/AO) auf, mitzuhelfen, das Hetzplakat zu vernichten. Beide Gruppen, die sich mit Mao Tse-tung-Zitaten schmücken, lehnten ab. Da handelten die Rotgardisten selbst. Sofort war das Transparent zerfetzt. Als die Trotzkisten zur Gegenoffensive starteten, holten sie sich blutige Nasen. Dann war Ruhe.

Zur Reaktion der Gruppe NRF. Bereits in der Vorbereitung der Demonstration nach Bonn vom 14. Januar (siehe RM Nr. 2/73) zeigte sich, was die NRF-Führer für Vorstellungen von einer möglichst breiten Einheit gegen den US-Imperialismus hält. Die KPD/ML wurde nicht zu den Verhandlungen eingeladen und erfuhr von der geplanten Demonstration nur über Flugblätter. Dafür verhandelte das NRF ausgiebig mit Trotzkisten und offenen Revisionisten.

Solche Beispiele gibt es eine ganze Menge. Was wir daraus lernen müssen: Kämpfen wir weiter für eine möglichst breite und revolutionäre Front gegen den Imperialismus. Entlarven und isolieren wir jene, die diesen Kampf sabotieren!



Berichte, Dokumente und Erzählungen aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Bonn will Kopfsteuer!

Kaum waren die Bundestagswahlen mit viel Friedensgetangel über die Bühne gelaufen:
1500 DM Kopfsteuer für alle, die nicht zum Bund kommen – das ist der neueste Vorschlag der Wehrstrukturkommission, der Vereinigung von Rüstungsindustriellen und Generälen, um die Bonner Kriegskasse aufzufüllen.

Die westdeutschen Imperialisten brauchen Soldaten und Geld: 800 000 Soldaten wollen sie in den grauen Rock pressen, ein Heer von über einer Million Reservisten soll jederzeit für ihre Kriegspläne mobilisierbar sein. Immer höhere Steuern werden den Werktätigen abgeknöpft, um sie den Krupp und Thyssen für den Bau von Kanonen und Panzern in den Rachen zu werfen. Und jetzt die 1 500 DM Kopfgeld – ! Das sind für die meisten Jugendlichen mindestens drei bis vier Monatslöhne! Sollen wir etwa verhungern, um den Imperialisten ihre Eroberungspläne, ihren Krieg zu bezahlen?

Die Antwort der werktätigen Jugend und der Arbeiterklasse auf diesen erneuten Angriff kann nur ein klares Nein sein. Nein zu der Ausplünderungspolitik des westdeutschen Staates, Nein zu den Kriegsplänen der westdeutschen Imperialisten!

Es ist nicht das erste Mal, dass die Jugend zur Kasse gebeten wird, um die Eroberungspläne der Herren von Kohle, Stahl und Chemie zu bezahlen. So sollten zum Beispiel während des ersten Weltkriegs die Lehrlinge gezwungen werden, mit einem besonderen Spargroschen zur Finanzierung des Krieges beizutragen. Der folgende Bericht zeigt, wie die Braunschweiger Lehrlinge auf diesen Befehl antworteten. Karl Liebknecht, der revolutionäre Führer der deutschen Arbeiterklasse und der Jugend hatte zum 1. Mai 1916 die Losung ausgegeben:

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Der Feind steht im eigenen Land.

Und genauso handelten die Braunschweiger Lehrlinge: Sie traten in den Streik gegen Lohnraub und imperialistischen Krieg.

Siegreicher Kampf der Braunschweiger Arbeiterjugend



Massenkundgebung am 5. Januar 1919 während der Novemberrevolution. Der Kampf der Braunschweiger Jugend gegen den deutschen Militarismus ist unvergessen!

Gegen Mitternacht versammelten sich etwa 200 Jugendgenossen an der Schunterbrücke, in der Nähe des Querumer Holzes, und fassten den Beschluss, am 1. Mai in den Streik zu treten.

Wir legten fest, wer als Streikposten vor den Fabriken Aufstellung nehmen sollte, um die anderen Jungarbeiter ebenfalls zum Streik aufzufordern. Weiterhin vereinbarten wir, was zu geschehen hätte, wenn die Jugend unserem Streikaufruf Folge leisten würde. Wir bildeten ein Streikkomitee. Dann gingen wir geschlossen bis zur Stadtgrenze. Dabei sangen wir die Kampflieder der Arbeiterklasse. In der Nähe der Stadt teilten wir uns in kleine Gruppen auf. Jede Gruppe begab sich zu dem zugeteilten Betrieb auf Posten.

Es war gegen 5 Uhr früh. Die ersten Arbeiter kamen vor die Fabriktore. Wir sprachen mit den Jungarbeitern über den heute beginnenden Streik. Es gelang uns, etwa 2000 Jugendliche für den Streik zu gewinnen. Die Streikenden begaben sich sofort in einen Wald, in das 'Pawelsche Holz'.

Gegen 9 Uhr eröffneten wir die Maikundgebung. In der Mairede wurde die Forderung gestellt, dass Partei und Gewerkschaft von General Linde-Suden, den wir 'Sündenluder' tauften, die Zurücknahme des Sparzwang-Erlasses verlangen sollten. Wir entsandten eine Delegation zu den Partei- und Gewerkschaftsvorständen mit dem Auftrage, beide aufzufordern, am 2. Mai um 12 Uhr bei uns im Walde zu erscheinen, um das Resultat ihrer Verhandlungen bekanntzugeben.

Alle Streikenden blieben im Walde. Am Nachmittag zogen wir geschlossen zur Stadt. Wir wählten den Weg so, dass unsere Demonstration zur Zeit des Schichtwechsels an den grossen Rüstungsbetrieben vorüberzog. So sahen uns viele Arbeiter, sie diskutierten über unseren Streik und über unsere Forderung. Wir appellierten an die Arbeiter, Solidarität zu üben und sich unserem Streik anzuschliessen.

Am nächsten Morgen standen wieder Streikposten vor den Betrieben. Viele Arbeiter schlossen sich uns an. Als wir zum Sammelpunkt in den Buchhorst kamen, konnten wir 4000 Streikende registrieren.

Aber die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften erschienen nicht.

Nunmehr beschlossen wir, in vier Marschkolonnen mit je tausend Streikenden auf verschiedenen Zufahrtsstrassen zum Stadtinnern – zum Hagenmarkt – zu marschieren. Unser Ziel war, um Punkt fünf Uhr von vier Seiten aus auf dem grossen Platz zu einer Kundgebung zu vereinen.

Bald zeigte sich, dass dort, wo ein fester Wille zum Kampf für eine gerechte Sache vorhanden ist, auch der Sieg sicher ist. Alle vier Marschkolonnen stiessen auf Widerstand. Doch wir überrannten die Polizeiposten und erreichten den Hagenmarkt zur festgesetzten Stunde. Einige Hundert Arbeiter, die aus ihren Fabriken zu ihren Wohnungen gehen wollten, schlossen sich uns an. Etwa 6000 Jugendliche und Arbeiter befanden sich nunmehr auf dem grossen Platz. Von einem grossen Springbrunnen, der als Rednertribüne benutzt wurde, gaben wir unsere Forderung bekannt. Wieder ertönte die "Internationale". Das war die Zustimmung, dass wir nicht eher fortgehen würden, bis der Sparzwang-Erlass gefallen wäre.

Die vieltausendköpfige Menge ging auch nicht vor dem von der Casparistrasse her vordringenden Polizeiaufgebot zurück. Pfuirufe ertönten, als die Polizei die Säbel zog. Die Hüter der Macht wagten es nicht, uns anzugreifen. Trotz Aufforderung wichen die kampfentschlossenen Arbeiter nicht. So verging die Nacht...

Am nächsten Morgen wurde ein Teil unserer Genossen in die am Hagenmarkt liegende Markthalle gedrängt. Wir erkannten die Situation sofort. Als viele Polizisten unseren Genossen folgten, schlossen wir die Tore und verbarrikadierten sie mit Kisten und Fässern. Unsere Genossen, die in die Halle gedrängt worden waren, liefen schnell zu den anderen Ausgängen wieder hinaus. Und so gelang es, die Polizei in der Markthalle einzusperren.

Ein weiteres Polizeiaufgebot drängte einen anderen Teil der Streikenden in die Langestrasse ab. Auch hier beherrschten unsere Genossen sofort die Lage. Sie setzten sich zur Wehr, und die Bewohner der Langestrasse eilten ihnen zu Hilfe, indem sie, als die Polizisten an den Häusern vorüber waren, selbst auf die Strasse gingen, und die Polizei angriffen. Das war ein Kampf an zwei Fronten.

Zur Freude aller Streikenden und zum Verhängnis der Polizei entstand eine dritte Front. Blumentöpfe, der Inhalt von Abfalleimern" Dachziegel usw. wurden aus den Fenstern und von den Dächern auf die Polizisten geworfen. In dieser Situation bat der Polizeioffizier um freien Abzug – doch unsere Genossen blieben fest.

Viele Polizisten wurden von den Arbeitern hart bedrängt, und einem Teil von ihnen wurden die Säbel abgenommen. Einige Hundert Demonstranten blieben zurück, um die Polizei in Schach zu halten; die Masse der Streikenden aber begab sich wieder zum Hagenmarkt, dem zentralen, nun schon traditionell gewordenen Platz im Stadtzentrum.

Jetzt wurde die Feuerwehr eingesetzt, um uns mit Wasserstrahlen "wegzuspülen". Auch das half nichts. Die letzte Hoffnung der regierenden Clique war nun der Einsatz von Truppen. Das 92. Infanterieregiment aber war nicht zuverlässig, weil ihm viele Arbeiter angehörten, die mit uns sympathisierten. Als dann schliesslich das 17. Schwarze Husarenregiment auf uns gehetzt werden sollte, trat die Arbeiterschaft des grossen Betriebes geschlossen in den Streik.

Nunmehr waren die rechten Sozialdemokraten und die reformistischen Gewerkschaftsbonzen gezwungen, die Forrungen der Jugend dem General "Sündenluder" vorzutragen.

Immer mehr Arbeiter schlossen sich dem Streik an. In Hannover und Berlin fanden ebenfalls Massendemonstrationen gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Sparzwang-Erlass statt.

Wir forderten den Rückzug von Militär, Feuerwehr und Polizei, sowie die Aufhebung des Sparzwang-Erlasses. Erst dann würde die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Am 5. Mai 1916 – nach fünftägigem Streik und Kampf – musste der General seinen Befehl zurücknehmen. Das war der erste Sieg der revolutionären Arbeiterjugend!

Anmerkung der Redaktion:
Der Rote Morgen wird von dieser Nummer an alle vier Wochen Berichte, Dokumente und Erzählungen aus der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung abdrucken.

ZWEI LESER ZUR FRAGE:

GIBT ES KRIEG?

...Ich bin noch nicht lange 'Genosse' und habe noch ziemliche Schwierigkeiten, den Standpunkt zu festigen. Ich lese regelmässig den Roten Morgen und finde ihn grundsätzlich sehr gut. Das betrifft, finde ich, das Verbinden von der praktischer kleiner Arbeit und dem revolutionären Endziel. Und auch die Berichte von anderen Ländern und der VR China und Albanien (ist es für Euch möglich, mal etwas über die Kriminalität dort zu schreiben?).

...Aber in der Ostpolitik kann ich nicht glauben, dass Westdeutschland wirklich einen Krieg vorbereitet. Ist das nicht nur Drohung und Einschüchterung?
Ein junger Genosse aus Kiel

RM-Redaktion:
Wir Marxisten-Leninisten müssen immer gegen die opportunistische Ideologie kämpfen, dass es einen 'friedlichen Imperialismus' geben könne. Angesichts der imperialistischen Aggressionskriege in Indochina, Nahost, Afrika usw. (und die Beteiligung Westdeutschlands daran mit Waffen und Geld) können heute auch die Revisionisten nicht leugnen, dass der Imperialismus kriegerisch ist. Aber, so sagen sie, das betrifft nur die unterjochten Nationen, die Kolonialsphären. Ganz anders sei das zwischen den imperialistischen Ländern selbst. Da würden die Imperialisten zunehmend 'realistischer' und eine 'Periode der friedlichen Zusammenarbeit und Entspannung' habe überall in der Welt eingesetzt. So auch in Bezug auf die Ostpolitik. Diese revisionistische Theorie ist so alt wie der Imperialismus selbst. Schon Kautsky hat vertreten, Imperialismus bedeute die 'friedliche Vereinigung der Imperialisten zur Ausbeutung und Annexion agrarischer Gebiete' (also Kolonien). Mehr nicht.

Dazu sagte Lenin:

"Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, **nicht nur** agrarische Gebiete, sondern sogar höchstentwickelte Industriegebiete zu annektieren.... denn erstens zwingt die **abgeschlossene** Aufteilung der Erde (unter den Imperialisten – RM), bei einer Neuaufteilung die Hand **nach jedem beliebigem** Land auszustrecken, und zum zweiten ist für den Imperialismus charakteristisch der Wettkampf einiger Grossmächte in ihrem Streben nach Hegemonie (Vorherrschaft – RM), d.h. nach der Eroberung von Ländern nicht so sehr direkt für sich, als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung **seiner** Hegemonie..."
"(Imperialistische Bündnisse) sind ... Atempausen zwischen Kriegen... Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen des friedlichen und nichtfriedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge ..."

Wer heute wie die D'K'P vom 'realistisch, friedlich gewordenen Imperialismus' redet, wer wie die zentristischen und trotzkistischen 'Kritiker' der D'K'P nur von der 'friedlichen' Expansion nach Osten redet wie die 'KPD'/AO, der verwischt genau den springenden Punkt und das Wesen des Imperialismus.

Wir wollen dazu noch einen älteren Genossen zu Wort kommen lassen:

> ... In einer Reihe von Artikeln zeigt ihr als einzige Zeitung in der BRD auf, wie der westdeutsche Imperialismus unter den heuchlerischen 'Friedensbemühungen' den Krieg vorbereitet. Genauso, wie es das kapitalistische Hitlerdeutschland gemacht hat. Hitler posaunte ebenfalls: "Eine starke Wehrmacht ist der Garant des Friedens". Genauso wie man damals über die Tschechoslowakei von der Unmenschlichkeit und Unterdrückung unserer deutschen Brüder und Schwestern geschrien hat, machen es heute die Bonner Parteien, um psychologisch die Einverleibung der DDR vorzubereiten. Und die neuen Sozialimperialisten öffnen ihnen hierzu die Tür, wie damals die Hähnleins.
>
> 'Um die Arbeitslosigkeit zu verhindern', nimmt uns die kapitalistische SPD-Regierung unter der harmlosen Formulierung 'Konjunkturzuschlag' das sauer verdiente Geld für die erhöhte Rüstung ab. Hitler hat ja auch die damalige Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise durch die Rüstung beseitigt.
>
> Erinnern wir uns noch, wie der heuchlerische USA-Imperialismus in Vietnam unter dem Vorwand, den Frieden und die Freiheit angeblich zu sichern, mit Tränengasbomben sein verbrecherisches, bestialisches Völkermorden begann. ....
>
> Zum Schluss kann ich nur sagen: Arbeiter, stählt eure Kampfkraft, solidarisiert euch um euer Kampfblatt, den RM, er ist euer Organ, das einzige in Westdeutschland, das euch zukunftsweisend ist, um nicht in ein noch grösseres Verderben und eine unfassbare Katastrophe, viel grösser, als wir sie in der Vergangenheit hatten, zu gelangen. Und so will ich mich verstanden sehen.

Ein alter Arbeiter

AUFRUF VON GENOSSEN DER GRFB: Kämpft gegen Liquidatorentum in ZB-Organisation!

STÄRKT DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI!

Im Januar veröffentlichte die Ortsgruppe der Gruppe 'Rote Fahne Bochum' und ihres Jugendverbandes und der Stützpunkt Marburg der gleichen Organisation einen Aufruf an die Marxisten-Leninisten in der GRFB. Sie führen hier vor allem einen Kampf gegen die neueste Masche der alten Führer des ZB: Das Liquidatorentum. Sie haben eingesehen: Der Platz aller ehrlichen Revolutionäre ist in der KPD/ML und in der Roten Garde. Sie fordern alle anderen ehrlichen Genossen in der GRFB auf, ihnen zu folgen und ohne falsches Zaudern unter der Führung der Partei des westdeutschen Proletariats den Kampf zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in Westdeutschland aufzunehmen. Wir drucken hier Auszüge aus ihrem Aufruf ab.

"Wir, die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne Bochum, haben einen grossen Hass auf das ehemalige 'Spalter-Zirkelbüro'. Wir alle fühlen uns masslos enttäuscht und beschissen. Wir alle haben seit Jahren mit grösstem Einsatz an allen Fronten gegen die Bourgeoisie gekämpft. In München standen wir zum ersten Mal im offensiven, revolutionären Kampf unmittelbar gegen den bewaffneten Bonner Staat. Viele flogen für ihre Überzeugung aus dem Betrieb. Wir alle haben das gemacht, damit die KPD/ML (gemeint ist hier die GRFB – die Red.) zu einer mächtigen Waffe in der Hand des Proletariats wird. Wir alle sahen in dem Einsatz für die KPD/ML die Garantie dafür, dass die Leiden des deutschen Volkes ein Ende finden werden. Im Herbst und Winter 1972 bekamen wir dafür die Quittung:

Karrieristen und Spalter haben uns an der Nase herumgeführt...

Mit einem Schlag jagten die Mitglieder der GRFB die alten Betrüger aus den Leitungen fort und holten sich neue ans Ruder. Es waren aber die falschen. Denn sie flüsterten den Mitgliedern ins Ohr: "Das ist der Beweis, dass wir keine Partei sind. Wir müssen die Partei erst schaffen!" Die Stunde der Liquidatoren war gekommen. Getragen von der Welle der Empörung gegen das alte Spalter-ZB eroberten die Liquidatoren die Führung in fast allen Landesverbänden."

Genossen,
Euer Hass auf das Spalter-ZB ist vollkommen berechtigt. Es ist auch richtig, wenn ihr sagt: "Wir sind nicht die Partei des Proletariats. Denn wir sind tatsächlich nur eine Ansammlung von Zirkeln und Gruppen um das selbsternannte Spalter-ZB mit seinen eingesetzten Landesleitungen...Wir waren eben von Anfang an die Gruppe Rote Fahne Bochum."

Die Genossen gehen dann auf die 'neuen' Argumente der falschen Führer ein, die teilweise fast wörtlich die gleichen sind, mit denen vor einem Jahr auch die Liquidatoren die Partei zerstören wollten. Sie schreiben:

Die Liquidatoren sagen, es gibt keine KPD/ML – sie muss erst geschaffen werden. Richtig ist: Die KPD/ML wurde am 31.12.68 gegründet und im Frühjahr 1970 von Dickhut, Weinfurt, Genger gespalten.

Die Liquidatoren sagen: Der Zeitpunkt der Gründung war zu früh. Die Gründung der KPD/ML hatte keine Bedeutung und hat sich selbst überlebt. (Wofür als Argument die Zersplitterung der ML-Bewegung aufgeführt wird.- Die Red.) Richtig ist, dass das Proletariat gerade am Beginn der revolutionären Flut eine neue Kampfpartei brauchte, weil die KPD entartet war. Die Aufgabe der KPD/ML als einigende Kraft aller Revolutionäre konnte gerade auch wegen der vorübergehenden Schwächung durch die Spaltung nicht genügend gelöst werden. Die Genger-Clique war Vorbild aller Karrieristen und Spalter.

Die Liquidatoren sagen: Wir müssen eine neue KP schaffen. Richtig ist aber, dass der, der die Partei spaltete oder Mitglied der Spalterorganisation ist, Selbstkritik übt und in die KPD/ML zurückkehrt – oder andernfalls die Entartung der KPD/ML in den Revisionismus nachweist...

Unser Weg zur Einheit in der KPD/ML

Nach der Periode der gegenseitigen Verachtung entstand die erste Aktionseinheit mit der KPD/ML zum 1. Mai 1972. Aktionseinheiten zu den 16 politischen Entlassungen, Antikriegstag (München) und Dortmund (Ausländerdemonstration - Red) folgten. In der Krise der GRFB untersuchte die OG die Geschichte der ML-Bewegung und stellte fest: Das ZB ist der Spalter. Darauf führten wir auf mehreren Demonstrationen, Veranstaltungen, Gewerkschaftssitzungen und Einsätzen vor dem Betrieb den ideologischen Kampf in der Aktionseinheit mit der KPD/ML...

Da es keine Differenzen prinzipieller Natur mehr gibt, haben die Ortsgruppen schon jetzt beschlossen, baldigst Schritte zur organisatorischen Vereinigung auf der Grundlage des Statuts einzuleiten.

Auf der Grundlage dieser Erklärung wird ein Mitglied der Ortsgruppe Wetzlar bei der GRFB bei der Wahl der neuen Landesleitung der GRFB Hessen kandidieren. Er wird mit aller Kraft versuchen, Ortsgruppen, Fraktionen und Einzelpersonen im ideologischen Kampf und in der praktischen Vereinigung mit der KPD/ML zu unterstützen. Die Hauptstütze dieses Kampfes wird die KPD/ML sein.

Der Antrag von uns, jede Ortsgruppe soll sich um Gespräche mit der KPD/ML bemühen, ist bemühen, ist bereits auf fruchtbaren Boden gefallen: In Frankfurt (Casella), Darmstadt und Rüsselsheim. **Der Kampf geht weiter um die anderen Marxisten-Leninisten in KPD/AO, NRF, KBB usw. bis zur völligen Isolierung der Spalter und Liquidatoren – bis zur EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML".**

Anm. der Red.
Wir begrüssen die Erklärung der hessischen Genossen und ihren Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML. Der wichtigste Schritt, auch zur Gewinnung der anderen noch schwankenden Genossen in der GRFB ist jetzt, dass ihr selbst euch in der KPD/ML und in der Roten Garde einreiht und so – als Teil der KPD/ML und ihrer Organisationen – den Klassenkampf an allen Fronten entschlossen führt. Ein Teil dessen ist dann auch der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML.

* *

RBG's ABSCHAFFEN im Kampf gegen Sektierertum!

Das ZK der KPD/ML hat beschlossen, die Roten Betriebsgruppen (RBG's) und Roten Stadtteilgruppen (RStG's) aufzulösen. Der Kampf gegen Rechtsopportunismus und Sektierertum ist so weit fortgeschritten, dass auch diese falschen Organisationsformen überwunden werden müssen.

Die RBG's und RStG's konnten in der Vergangenheit von den versteckten Revisionisten und Liquidatoren dazu missbraucht werden, Arbeiter ausserhalb des demokratischen Zentralismus der Partei zu organisieren, während sie gleichzeitig versuchten, die Führung der Partei durch das Kleinbürgertum aufzubauen: letzten Endes wollten sie die Partei der Arbeiterklasse so liquidieren.

Daraus wurde nichts. Mit der Verjagung dieser Elemente war es möglich, dass der 2. Parteitag der KPD/ML im Sommer 72 der Partei u.a. den Auftrag gab, die rechten und 'linken' Abweichungen in der Organisierung der Proletarier zielstrebig zu überwinden.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen stellte jetzt das Präsidium der KPD/ML fest, dass RBG's und RStG's keine Organisationsformen der Parte sein können. Das Konzept der Roten Betriebs- und Stadtteilgruppen ist mit dem Kampf gegen das Sektierertum mehr und mehr zum Absterben verurteilt.

"Diese Gruppen haben in ihrer abgekapselten Form sich als unfähig erwiesen, die spontane Bewegung aufzugreifen. Sie haben der Massenarbeit der Partei einen engen Gesichtskreis verliehen. Sie haben effektiv um jede Zelle einen Gürtel gelegt, über den die Zelle nur schwer hinauskam. Die Beziehung Partei – Masse ist reduziert worden auf die Beziehung der Zelle zur Gruppe."

Die Abschaffung der RBG's ist ein grosser Schritt vorwärts. Sie ist die Absage an das Konzept: 'Die fortgeschrittenen Kollegen werden schon zu uns kommen'. Heute heisst die Ausrichtung ganz klar: Wir müssen zu den Massen dieser Kollegen selbst gehen, wir müssen Arbeit **in** den Massen leisten und nicht **ausserhalb**. Massenarbeit heisst Kleinarbeit, tägliches Ringen um jeden Kollegen, in engem Kontakt am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft, beim Betriebssport, nach Feierabend beim Bier usw.

Jeder Arbeitergenosse, der die Ziele der Partei anerkennt und die Bedingungen des Statuts erfüllt, muss in die Zelle eingegliedert werden, wo er über die Politik der Partei bestimmen kann. Nur innerhalb des Demokratischen Zentralismus der Partei werden wir aus diesen Genossen Parteikader heranbilden können. Ihr fester Kontakt zur Klasse, zur Arbeiterbewegung, schafft eine engere Verbindung von Partei und Klasse über solche Genossen in den Grundeinheiten der Partei.

Es ist klar, dass nach Auflösung der RBG's und RStG's sich um die Zellen nach wie vor Sympathisantengruppen scharen. Entscheidend ist, dass die Parteigenossen nicht länger die Mitarbeit von Sympathisanten dogmatisch reglementieren, sondern dass sie dabei von den Bedürfnissen und Fragen der Massen ausgehen, sich nach diesen richten und danach trachten, die Kollegen in unserem Sinne zu erziehen und aufzuklären.
Es hat sich gezeigt, dass im Kampf gegen das Sektierertum eine Menge neue Organisationsformen zu diesem Zweck gefunden wurden: Frühschoppen, Arbeitertreffs, Singtermine, Schulungsabende, Kulturveranstaltungen usw.
Es hat sich gezeigt, dass mit dem Kampf gegen das Sektierertum wir es mehr und mehr lernen, in den bestehenden Massenorganisationen mit proletarischem Charakter zu arbeiten, wie in den Gewerkschaften mit der Organisierung der Gewerkschaftsopposition.
Es gibt keinen Zweifel, dass die Befreiung vom Organisationsschema der RGB's und RStG's der Partei laufend neue Impulse zur weiteren Verankerung in der Arbeiterklasse geben wird.

VORWÄRTS IN DER BOLSCHEWISIERUNG DER PARTEI!

ANTIFASCHISTISCHE WOCHE IN BAYERN

Vom 29. Januar bis 3. Februar

31. Januar 1933 – heute vor 40 Jahren übernahm Adolf Hitler die Regierungsgewalt aus den Händen von Reichspräsidenten Hindenburg.

Hindenburg war mit Millionen Stimmen sozialdemokratischer Arbeiter zum Reichspräsidenten gewählt worden, weil die reformistischen Verräter in der SPD und dem ADGB (Gewerkschaft) ihn als 'kleineres Übel' darstellten und zu seiner Wahl aufgerufen hatten.

Die Kommunisten riefen damals ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern zu: "Wählt Ernst Thälmann! Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt Krieg!" Aber es gelang nicht, alle sozialdemokratischen Arbeiter vom Einfluss ihrer verräterischen Führung zu lösen und in die revolutionäre, antifaschistische Einheitsfront einzubeziehen. Die Kampffront gegen Kapitalismus und Faschismus wuchs dennoch an, die Entscheidungsschlacht stand vor der Tür.

Das Finanzkapital sah seine einzige Rettung in der Errichtung seiner unverhüllten, der faschistischen Diktatur. Daher liess es Hitler an die Macht. Hitler benutzte die parlamentarischen Illusionen, die die SPD-Führer verbreitet hatten und verlieh seinem Machtantritt noch einen 'demokratischen Schimmer'. So konnte er dem revolutionären Sturm der geeinten Arbeiterklasse, dem einzigen Mittel zur Verhinderung des Machtantritts der Nazis entgehen. Und wieder wiesen die SPD-Führer ihre Wähler auf den 'legalen', parlamentarischen Weg: "Lasst Hitler erst einmal abwirtschaften. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt!" Alle Angebote der KPD zum gemeinsamen Handeln gegen die drohende Gefahr wurden abgelehnt.

Die nächsten Wahlen kamen nicht. Dafür senkte sich die finstere Nacht des Faschismus, des blutigsten Terrors und des Krieges über Deutschland und die ganze Welt.

Solange die Ausbeuterklasse herrscht, wird sie immer wieder in der Errichtung ihrer offenen, faschistischen Diktatur das letzte Mittel zur Sicherung ihrer Klassenherrschaft sehen. Heute bereits beginnt sie, die erkämpften demokratischen Rechte des Volkes Stück für Stück abzubauen. Der tägliche Terror durch Polizei, Justiz, Verfassungsschutz usw. nimmt zu, Kommunistenverfolgung und Verbotsvorbereitungen laufen. Gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, beginnt demnächst ein Prozess, in dem er u.a. des Hochverrats angeklagt ist. Hunderte Prozesse laufen gegen andere Genossen und fortschrittliche Menschen. Der 31. Januar ist ein Tag, der von immer grösserer Aktualität wird.

Der Landesverband Bayern der KPD/ML organisiert anlässlich des 40. Jahrestags von Hitlers Regierungsantritt in mehreren Ortsgruppen eine antifaschistische Woche. Vom 29. Januar bis 3. Februar finden Podiumsgespräche über den antifaschistischen Kampf statt, werden Dias, Bilder und Ausstellungen organisiert. Die Veranstaltungen an den verschiedenen Orten werden über Flugblätter, Plakatanschläge und Agit-Prop-Stände bekanntgegeben.

Vietnamdemonstrant vor Gericht

F r a n k f u r t. (RM). Hier in Frankfurt findet am Montag, den 22. 1. der erste Prozess gegen einen Teilnehmer der Vietnamdemonstration vom 9. Mai 1972 statt. Damals wurde von den Demonstranten aus Empörung über die Verminung der nordvietnamesischen Häfen bei verschiedenen US-Konzernen die Fensterscheiben eingeworfen.

Der Genosse steht am Montag stellvertretend für alle, die den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützen, vor dem bürgerlichen Gericht. Ihm wird Landesfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

In alter Manier greift die Klassenjustiz sogenannte 'Rädelsführer' heraus, um ein 'abschreckendes Beispiel' für die immer kämpferischere Bewegung gegen den Imperialismus zu 'statuieren'. Dieser Genosse wurde herausgegriffen, weil er bereits öfters im Kampf gegen das herrschenden System mit der Staatsgewalt zusammenstiess.

Der Genosse wurde dabei schon einmal hinter Gitter geschickt. Ein willkommener Anlass für die bürgerliche Propaganda, ihn als 'Kriminellen' und damit alle Kommunisten als 'Kriminelle' abzustempeln. In einer Kampfdemonstration gegen die altbraunen Nazis von der NPD wurde er durch den Leibwächter Thaddens mit einem Pistolenschuss lebensgefährlich verletzt.

Lassen wir es nicht zu, dass gegen diesen Genossen ein Terrorurteil gefällt wird. Kommt am Montag, den 23.1.73, um 9 Uhr zum Amtsgericht Frankfurt.

Anm. d. RM: Leider traf diese Korrespondenz zu spät ein. Wir bitten alle Leser, Genossen und Korrespondenten, **rechtzeitig** zu solch wichtigen Terminen ihre Berichte an das Soko abzuschicken. Redaktionsschluss des RM ist Sonnabend 24 Uhr.

SOLIDARITÄTS-KOMITEE

Spenden auf Konto:
Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666

Kommunistenmörder erhielt Ehrenhaft

Paris, 14. Januar. Es war ungefähr vor einem Jahr, am 25. Februar 1972. Die französischen Renault-Arbeiter streikten und demonstrierten gegen die brutale Arbeitshetze und gegen neue Lohnkürzungen. Vor dem Tor der Renault-Werke stand ein entlassener Kollege – entlassen, weil er sich als Marxist-Leninist kämpferisch für seine Kollegen eingesetzt hatte. Er verteilte Flugblätter. Sein Name war Pierre Ouverney.

Pierre Ouverney wurde an diesem Morgen erschossen. Ein Revolverschuss des Werkschutz-Leiters Tramoni streckte den 25-jährigen nieder. Ob Tramoni den direkten Auftrag dazu von der Geschäftsleitung erhielt oder nicht – das lässt sich 'natürlich' genausowenig feststellen, wie im Falle des faschistischen Messerstechers, der im vorigen Oktober vor Opel Bochum einen spanischen Streikposten niederstoch. (Roter Morgen Nr. 21/72). Aber umsonst kaufen sich die Opel- und Renault-Kapitalisten nicht solche faschistischen Typen als Werkschutz-Angestellte ein. Nicht umsonst erhalten sie Waffen.

Die Reaktion der französischen Arbeiter, Werktätigen und Studenten auf den Mord waren heftige Kämpfe im ganzen Land. In Paris demonstrierten bei der Beerdigung von Pierre Ouverney in einem endlosen Zug mehrere Hunderttausend Menschen unter roten Fahnen. Die



''Wir werden Pierre Overney rächen!'' war die einhellige Losung von mehreren 100 000 Antifaschisten, die gekommen waren, um dem Ermordeten das letzte Geleit zu geben.

Renault-Arbeiter begannen die Direktionsbüros zu besetzen und Direktoren und leitende Angestellte einzusperren. Die Revisionisten von der 'K'PF und deren Gewerkschaft CGT konnten mit abwieglerischen Machenschaften gerade noch das Schlimmste für die Kapitalisten und ihre Handlanger verhindern. In ihren Flugblättern forderten sie scheinheilig eine 'hohe Bestrafung' des Mörders durch das Gericht, hetzten aber auch gleichzeitig gegen die 'maoistischen Abenteurer'.

Wie das hohe Gericht der Bourgeoisie, auf das die Revisionisten die Arbeiter vertrösteten, entschied? Tramoni, der Mörder von Pierre Ouverney, erhielt ganze 4 Jahre Haft!! Nach 5 Prozess-Tagen fällte die Klassenjustiz dieses Urteil, obwohl die Richter selbst zugeben mussten, dass Tramoni aus sicherer Entfernung schoss und keinesfalls bedroht war.

Ihre Begründung für die 'mildernden Umstände' für Tramoni ist höchst aufschlussreich: Durch die ständige Agitation der Marxisten-Leninisten und die Unruhe unter den Arbeitern sei der Werkschutz unter einem 'psychischen Druck' gestanden. Das heisst nichts anderes als: Wer auf Kommunisten schiesst, findet vor Gericht 'Verständnis'. Das ist Aufforderung zum Mord durch die Justiz!

Die Drahtzieher des Mordes sassen natürlich nicht auf der Anklagebank. Pierre Dreyfus, der Generaldirektor von Renault, war als Zeuge geladen und wiederholte frech seine Behauptung: Der Werkschutz bei Renault sei unbewaffnet. Da sprang der Bruder des Ermordeten im Gerichtssaal auf, drückte dem Kapitalisten die Gurgel zu und schrie: 'Dreckiger Lügner! Mörder!' Nach diesem Prozess kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen Polizei und Demonstranten auf den Strassen von Paris. Die Demonstranten riefen: 'Dreyfus, das Volk will deine Haut!' und 'Wir rächen Pierre Ouverney!'

Offen oder versteckt hat die bürgerliche Presse in Frankreich Tramoni in Schutz genommen. Die Arbeiterbewegung Frankreichs lässt sich nicht durch Terror und Hetze einschüchtern. Sie kämpft im ganzen Land für die Entwaffnung des Werkschutzes und ihr revolutionäres Ziel: Die Diktatur des Proletariats über die herrschende Mafia, über die Dreyfus', Tramonis und deren Justiz!



Kontaktadresse:

SPORT IN CHINA



Mitglieder einer Volkskommune beim Basketball-Spiel

"China will zum Weltsport zurück", das meldete in der letzten Zeit die bürgerliche Presse in Westdeutschland. Im Grunde ist es umgekehrt: China wurde bis jetzt vom Weltsport ausgeschlossen. Die Weltsportorganisation, das IOC, wollte nämlich nicht anerkennen, daß es nur ein China gibt, nämlich die Volksrepublik China und Formosa nur eine Provinz Chinas ist. Diesen Standpunkt muß das IOC nun aufgeben, nachdem die Volksrepublik China in die UNO aufgenommen ist und die Vertreter der Tschiang-Kai-Schek-Clique ausgeschlossen wurden. China hat sich immer um Sportbegegnungen mit anderen Ländern bemüht, weil es der Ansicht ist, daß der Sport die Freundschaft mit anderen Völkern fördert.

Was aber den Sport in China auszeichnet, das sind nicht die Rekordleistungen auf internationalem Niveau, das ist der Massensport. Anders als bei uns im Kapitalismus ist Sport nicht eine bezahlte Ablenkungs- und Unterhaltungsschau, jagen die Sportler nicht nach Gewinn und persönlichem Ruhm. **Sport in China dient der Entspannung, Gesundheit und körperlichen Ertüchtigung der Massen.** Früher konnte in China davon gar keine Rede sein, weil die Ausbeuter das Volk bis zur Erschöpfung schuften liessen. So ist es heute bei uns. Darum hat auch die Trimm-Dich-Bewegung keinen grossen Zulauf. Die meisten, die in der Schule gerne am Sport mitmachten, sind heute als Werktätige viel zu kaputt von dem Malochen, als dass sie noch Lust hätten, am Feierabend freiwillig weiter zu 'schwitzen'.

Das ist im sozialistischen China anders. Die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und die Steigerung der Produktion haben dem Massensport gute Möglichkeiten gegeben. Ein gutes Beispiel für die breite Entfaltung des Massensports liefert die Volkskommune Beiling, an der Südostküste. Alle acht Produktionsbrigaden haben Tischtennis-, Leichtathletik- und Basketball-Mannschaften für Frauen und Männer. Über 8000 Bauern – 90 % der arbeitsfähigen Kommunemitglieder – treiben regelmässig Sport. Am 1. Mai, im letzten Jahr, hielt diese Kommune ihr 8. Sporttreffen ab, 2800 Mitglieder nahmen daran aktiv teil. So etwas wäre bei uns ganz unvorstellbar.

Die Entwicklung des Sports hat den Gesundheitszustand des Volkes bedeutend verbessert. Die Zeiten, wo unzählige Werktätige durch Armut und schlechten Gesundheitszustand geplagt wurden, sind in China endgültig vorbei. Manche Arbeiter und Bauern, die körperlich schwach waren, sind nach medizinischer Behandlung und körperlichem Training wiederhergestellt und auf ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Der Massensport ist auch die Grundlage für die schnelle Verbesserung der Leistungen: In der flussreichen Volkskommune Daojiao haben unter 10 Bauern sieben schwimmen gelernt. Mehr als 50 dieser Schwimmer gehören jetzt der Provinz- oder Nationalmannschaft an, manche haben den Landesrekord gebrochen. Das gute Schwimmniveau zog mehr und mehr begeisterte Anhänger an, die wiederum neue Mitglieder werben. Die Sportler diskutieren kollektiv neue Techniken, die Schwächen und Vorzüge jedes Einzelnen und lernen voneinander. Sie treiben nicht Sport um berühmt zu werden, sondern für die Interessen der Revolution.

Das sind die Gründe, warum die chinesischen Tischtennisspieler ihre eigene Spieltechnik entwickelten, mit der sie absolute Spitzenklasse sind. Darum konnte auch der Hochspringer Ni-Dschi-Tjin mit einer seinen Körperbedingungen angepassten Sprungtechnik 2,29 m springen und damit den Weltrekord der Männer brechen. China wird bald auch in anderen Sportarten das Weltspitzenniveau erreichen und überbieten. Aber das ist nicht das oberste Ziel chinesischer Sportler bei internationalen Wettkämpfen. Sie handeln nach dem Prinzip: 'Freundschaft an erster Stelle, Wettbewerb an zweiter Stelle'.

Die Fairness der chinesischen Spieler und die Freimütigkeit mit der sie ihren Gegenspielern ihr eigenen Techniken zeigten, hat alle in Erstaunen versetzt, die den Wettkampf mit der deutschen Nationalmannschaft im Januar 72 verfolgten. Die bürgerlichen Schreiberlinge wollen uns einreden, dass hinter der kameradschaftlichen Haltung der chinesischen Spieler eine berechnende 'Diplomatie des Lächelns' steckt. Diese Auftragsschreiber haben Angst, dass sich die Freundschaft zum chinesischen Volk verstärkt, und damit auch die Anziehungskraft des chinesischen Beispiels, der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Aber der Vormarsch des Sozialismus ist nicht aufzuhalten. Die Sportbegegnungen mit China werden weiter dazu beitragen, die Freundschaft zu China zu festigen und den Sozialismus zum anspornenden Beispiel für die deutsche Arbeiterklasse zu machen.

ALLES SCHIEBUNG

Der Sport in der Bundesrepublik ist heute eines der bedeutendsten Mittel des Volksbetrugs. Das Theaterstück von der heilen Welt des Sports bezahlt der Steuerzahler dazu noch aus eigener Tasche, doppelt und dreifach. Hunderte von Millionen hat der Olympiazirkus verschlungen und auch die Fussballbundesliga zehrt kräftig am Steuersäckel so mancher Stadt. Profitieren tun von den Subventionierungen die sportlichen Grossunternehmen, sprich Bundesligavereine, und die hinter ihnen stehenden Kapitalmagnaten, wie die Presseherren – Springer bei Herta BSC und Senator Weipert beim VFB-Stuttgart, wie die verschiedenen Bankunternehmen, bei denen die Vereine in Millionenhöhe verschuldet sind.

Die Verschuldung der Vereine nimmt zu, und das obwohl die Eintrittspreise und die Zuschauerzahlen im Verhältnis zur Regionalliga gestiegen sind. Das liegt nicht an den Gehältern der Fussballstars, den menschlichen Investitionsgütern, das liegt nicht an gestiegenen Unkosten und Stadionmiete. Die Verschuldung ist darauf zurückzuführen, dass die scheinbar so edlen Finanzmäzene im Hintergrund versuchen, aus den Vereinen mit Zins und Zinseszins Profit herauszuwirtschaften. Gleichzeitig werden die völlig von ihren Brötchengebern abhängigen Fussballstars dazu benutzt, im Namen des Sports für die Ramschwaren ihrer Herren zu werben. Ob nun Kaiser Franz seine Knorr Suppe schlürfen muss, oder ob Bomber Müller Schokoladelutscher ist, ob Rudi Altig täglich Sinalco schlürft... das alles ist heute die Grundlage des Sports in der Bundesrepublik. Ruiniert und zerstört wird der Massensport. Die kleinen Vereine hauchen Stück für Stück ihr Leben aus, geben eine Abteilung um die andere auf und müssen sich zusammenschliessen. Das heisst, es gibt immer weniger Vereine. Für den arbeitenden Menschen, der die sportliche Erholung dringend braucht, bleibt meist nur der abendliche Spaziergang zum Bierstemmen. Doch die Menschen spüren trotz allem Geträller über die Unbezahlbarkeit von Beinen, über die Unnachahmlichkeit von Spielzügen, dass alles nur leerer Hokuspokus ist, wenn sie die Spielzüge und Beinarbeit mangels Gelegenheit überhaupt nicht ausüben können. Nach 8 Stunden ist man halt kein Netzer mehr...

Deshalb kämpft die Arbeiterklasse für
– die Schaffung ausreichender Sportplätze, Turnhallen usw., die zur allgemeinen Benutzung offenstehen
– für genügend Betriebssportplätze und Sportmöglichkeiten am Betrieb.

Kämpfen wir auch deshalb für die Einführung des 7-Stundentags, fordern wir wöchentlich 4 Stunden frei während der Arbeitszeit; zur Ausübung von sportlicher Betätigung bei voller Bezahlung.

Aber die Kapitalisten werden, selbst wenn sie zu diesem Zugeständnis gezwungen werden können, niemals ihre Hand vom Sport nehmen. Deshalb muss das Proletariat seine eigenen Sportorganisationen bilden, Organisationen, die aus dem Kampf gegen den bürgerlichen Profitsport entstehen. Diese klassenkämpferischen Arbeitersprotvereine sind Stätten, in denen die proletarische Kultur, die Solidarität, der Internationalismus gepflegt werden, eine Schule der körperlichen moralischen und ideologischen Rüstung für die gewaltsame Machtergreifung der Arbeiterklasse.